



Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V.

Ausgabe 1 / 1984

19. Jahrgang

Posthaushalt 1984 – wieder mit Gewinn!

Seite 2

**Außerordentliches
Bezirksvorsitzenden-
treffen am 2. 12. 83
in Frankfurt am Main**

Seite 3

**Kommentar zum
Forderungskatalog**

Seite 3

**VDFP beim
Bundestagsausschuß
für das Post- und
Fernmeldewesen**

Seite 4

**Aus den
Bezirken**

Seite 4

**Berichte der
Arbeitskreise**

Seite 6

Leserbriefe

Seite 7



Siemens Pressebild

Rund um den Globus expandiert das Telefonnetz unaufhaltsam weiter. 528 Millionen Sprechstellen weltweit weist die neueste "Internationale Fernsprechstatistik 1983" von Siemens für Anfang 1982 aus – das sind 20 Millionen mehr als ein Jahr zuvor.

Posthaushalt 1984 – wieder mit Gewinn!

Der Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost hat den Posthaushalt für 1984 am 12. 12. 83 in Anwesenheit von Postminister Dr. Christian Schwarz-Schilling verabschiedet. Der Voranschlag 1984 schließt wiederum mit einem positiven Betriebsergebnis ab. Der erwartete Gewinn beträgt 2,3 Mrd. DM. Für Investitionen wird eine Rücklage in Höhe von 1 Mrd. DM gebildet. Günstig auf das veranschlagte Betriebsergebnis wirken sich die gegenüber dem Voranschlag 1983 gesunkenen Zinssätze sowie die Begrenzung der Personalausgaben auf den Vorjahresansatz aus. Für Investitionen sind 14,8 Mrd. DM veranschlagt. Damit ist die Bundespost wiederum der mit Abstand größte Investor. Die geplanten Investitionen sichern etwa 200 000 Arbeitsplätze in der deutschen Industrie. Der Nettokreditbedarf liegt mit 4,1 Mrd. DM unter dem des Vorjahres.

Der **Gesamthaushalt** hat ein Volumen von 66,8 Mrd. DM (Vorjahr 64,9 Mrd. DM). Dieses Haushaltsvolumen übertrifft den Haushalt des größten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen und entspricht mehr als einem Viertel des Bundeshaushalts. Während sich das Haushaltsvolumen des Bundes nur um 1,6 v. H. erhöht, wächst der Haushalt der Bundespost 1984 um 2,9 v. H. Der stärkere Anstieg ist durch Steigerungen bei Betriebseinnahmen und der Schuldentilgung bedingt. Vom Haushaltsvolumen entfallen 48,0 Mrd. DM auf den **Betriebshaushalt**, der am Jahresende in die Gewinn- und Verlustrechnung einmündet und 18,8 Mrd. DM auf den sog. **Anlagehaushalt** (Investitionen und Schuldentilgung), der im Ist-Ergebnis unmittelbar auf die Bilanz einwirkt.

Die **Betriebseinnahmen** steigen gegenüber 1983 um 1,1 Mrd. DM (plus 2,3 v. H.) auf 48,0 Mrd. DM. Auf Einnahmen aus dem Postdienst entfallen 14,9 Mrd. DM, d. s. 110 Mio. DM bzw. 0,7 v. H. mehr als 1983. Die geringe Steigerung ist u. a. dadurch bedingt, daß nach der Überleitung des Postreisedienstes auf die Deutsche Bundesbahn 1984 bei der Bundespost keine Einnahmen mehr aus diesem Dienstzweig anfallen. Im Fernmeldewesen sind Einnahmen in Höhe von 30,5 Mrd. DM (gegenüber 1983: plus 1,4 Mrd. DM bzw. plus 4,9 v. H.) veranschlagt.

Die **Betriebsausgaben** steigen 1984 um 0,1 v. H. (43 Mio. DM) auf 44,7 Mrd. DM. Bei den Personalausgaben wird von einem gleichbleibenden Personalbestand ausgegangen. Insgesamt sind wie 1983 für Personalausgaben 23,4 Mrd. DM veranschlagt, d. s. rd. 52 v. H. der Betriebsausgaben. Dabei ist die von der Bundesregierung für 1984 vorgesehene "Nullrunde" im öffentlichen Dienst berücksichtigt. Für Abschreibungen sind in den Betriebsausgaben – entsprechend den hohen Investitionen der letzten Jahre – 7,3 Mrd. DM vorgesehen. Die Ablieferung an den Bund in Höhe von 10 v. H. der Betriebseinnahmen beläuft sich auf 4,4 Mrd. DM.

Der Betriebshaushalt schließt unter Berücksichtigung der Rücklage mit einem **Gewinn** von 2,3 Mrd. DM ab. Der Gewinn wird in voller Höhe zur Investitionsfinanzierung verwendet. Daneben muß zur Restfinanzierung der außerordentlich hohen Investitionstätigkeit das Schuldenvolumen der Deutschen Bundespost um weitere 4, 1 Mrd. DM auf erheblich mehr als 50 Mrd. DM aufgestockt werden. Der Eigenkapitalanteil von 42 v. H. kann gehalten werden.

Die **Gesamtinvestitionen** liegen mit 14,8 Mrd. DM über dem Vorjahresniveau. Nochmals um 480 Mio. DM auf 12,5 Mrd. DM steigen die Investitionen in Sachanlagen. Von den Investitionen in Sachanlagen entfallen 10,7 Mrd. DM auf Fernmeldeanlagen. Die Ansätze sind gegenüber 1983 um mehr als 300 Mio. DM erhöht. Mit diesen Investitionen

sollen 850 000 zusätzliche Fernsprechhauptanschlüsse eingerichtet und die Dienstgüte im Orts- und Fernverkehr weiter verbessert werden. Für die Breitbandverkabelung sind 1984 wiederum 1 Mrd. DM veranschlagt. Für Grundstücke und Gebäude sind insgesamt 1,5 Mrd. DM im Voranschlag vorgesehen, gegenüber 1983 bedeutet das eine Steigerung von 230 Mio. DM (plus 18,5 v. H.).

Mit dem vorgelegten Haushaltsplan leistet die Deutsche Bundespost unter Ausschöpfung ihrer finanziellen Möglichkeiten einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftspolitik des Bundes. Sie zeigt sich ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung als größter öffentlicher Arbeitgeber bewußt und kommt auch ihrer Verpflichtung nach, der deutschen Volkswirtschaft eine leistungsfähige Kommunikations-Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig bietet der Haushalt Gewähr dafür, daß das Unternehmen Bundespost wirtschaftlich gesund und damit auch in den kommenden Jahren leistungsfähig und ein stabiler Faktor in der deutschen Volkswirtschaft bleibt.

Ergänzend hierzu sind uns folgende Festlegungen, die den mittleren technischen Dienst betreffen, bekannt geworden:

Auf Druck des BMF wurde die Kräftezahl um 4 889 auf 459 911 Kräfte in 1984 gesenkt. Die Personalsenkungen betrifft insbesondere das Postwesen. Im Fernmeldesektor ist durch den Zuwachs an neuen Techniken ein Personalzugang von 2 000 Kräften prognostiziert. Zur Verstärkung der technischen Eigenmontage und der Anrechnung der Schichtdienstregelungen erhöhen sich die Zuwächse, dem Vernehmen nach, auf 2 800 zusätzliche Kräfte. Mit der Einstellung von 1 860 Auszubildenden werden derzeit insgesamt 8 000 Kräfte im Fernmeldebereich ausgebildet. Die in 1984 Eingestellten erhalten keine Übernahmegarantie.

Durch die Übernahme der Dienstleistungsfachkräfte in das Beamtenverhältnis beträgt der Stellenzuwachs im Postwesen 3 600 Planstellen. Dies geschieht auch aufgrund von Beanstandungen des Bundesrechnungshofes, wonach die Personalkosten für Tarifkräfte ca. 25 % über den Personalkosten für Beamte liegen.

Für 1984 hat die Bundesregierung ein Stellen-Hebungsverbot verordnet; hinzu kommt eine Wiederbesetzungssperre von 6 Monaten nach dem Freiwerden eines Dienstpostens.

Für den fernmeldetechnischen Dienst gibt es eine Ausnahmeregelung. Die Besetzungssperre gilt nicht für neu hinzukommende Dienstposten, welche zweckgebunden für die neuen Dienste wie DIV, BIGFON, Btx, Autotelefon C usw. zu vergeben sind.

Im Haushaltsjahr 1984 gibt es nur im BfT-/BPt-Bereich einen Planstellenzuwachs. Es sind insgesamt 725 Planstellen nach folgender Aufteilung zu erwarten:

BfT/BPt	Anzahl der Planstellen
A 5	30
A 6	49
A 7	455
A 8	104
A 9	63
A 9 Z	24
	<hr/>
	725

Hinzu kommen noch 1 710 Planstellen A 7, die vom nicht-technischen in den technischen Dienst umgesetzt werden.

Mit diesem Planstellenzuwachs soll die BfT/BPt-Laufbahn in allen Besoldungsgruppen attraktiver gestaltet werden.

Außerordentliches Bezirksvorsitzendentreffen in Frankfurt

Am 2. 12. 1983 fand im Haus Ronneburg in Frankfurt am Main ein außerordentliches Bezirksvorsitzendentreffen statt. Neben der Personalsituation im mittleren technischen Dienst bei der Deutschen Bundespost war der 9-Punkte-Forderungskatalog der VDFP einer der Besprechungspunkte.

Aufgrund der Fehlinterpretation unseres Forderungskataloges wurde beschlossen, Erläuterungen hierzu in den VDFP-Nachrichten zu veröffentlichen. In dieser Ausgabe werden wir uns nachfolgend mit den Punkten 1 und 2 des Forderungskataloges befassen.

Kommentar zum 9-Punkte-Forderungskatalog

Der 9-Punkte-Forderungskatalog der VDFP hat Diskussionen auf breitester Ebene in Gang gebracht.

Wie schon früher hat die VDFP auch hier wieder wichtige Punkte der Laufbahn des mittleren technischen Dienstes angesprochen, die einer Regelung bedürfen.

Im Augenblick hat man den Eindruck, daß Beamte ihre Probleme nicht anzusprechen und Forderungen schon gar nicht zu stellen haben. Die Außendiskussionen in den Medien machen dies zunehmend deutlich. Daß sich aber in der Innendiskussion auch Differenzen zeigen, ist uns unverständlich. Viele dieser Diskussionsbeiträge, die man gelegentlich hört, zeugen von großer Unkenntnis. Bevor man über etwas redet, sollte man sich mit der Sachlage auseinandersetzen, denn Fehlinterpretationen schaden nicht nur den Beamten, sondern dem gesamten öffentlichen Dienst schlechthin. Die VDFP jedenfalls wird ihren Standpunkt wohlfundiert überall vertreten, wo es notwendig ist und brauchbare Einwände und Verbesserungen gerne annehmen.

Bis jetzt sind 19 Sparmaßnahmen bei den Beamten eingeführt worden. Fast alle Beamte unserer Laufbahn sind zu Zweidrittel von diesen Maßnahmen betroffen und man muß im Vergleich zu den Jahren 1975 - 76 feststellen, daß die wirtschaftliche Lage der Beamten damals besser war, als sie heute ist.

Das Ende der "Fahnenstange" in puncto Sparmaßnahmen bzw. zusätzlichen finanziellen Belastungen bei den Beamten ist sicher noch nicht erreicht.

„Der Beamte ist ein Mensch zweiter Klasse geworden“. Unterschiedliche Rechte und Bezahlungen, auch bei verschiedenen Zulagen, gegenüber dem Tarifpersonal sind nur einige Punkte dieser Feststellung.

Hierzu stellte der Bundesrechnungshof in einer seiner letzten Aufstellungen fest, daß der Beamte eine bis zu 25 % billigere Arbeitskraft ist als das Tarifpersonal.

Seit 1980, als die letzten Streikmaßnahmen durchgeführt worden sind, hatte die damalige SPD-Regierung damit begonnen, die Beamtenschaft zu vergrößern. In dem Personalhaushalt 1984 hat sich dieser Trend deutlich fortgesetzt.

Der Punkt 1 unseres Kataloges fordert eine größere Beteiligung des mittleren technischen Dienstes an den neuen Techniken und neuen Diensten. Dieses ist eine lebensnotwendige Forderung für unsere jungen Kollegen, in ihrer Laufbahn auch eine ausreichende Zukunftsperspektive zu haben. Bei einigen neuen Diensten muß man bei der Zuordnung der Dienstposten zu den Laufbahnen schon den Eindruck gewinnen, daß der mittlere technische Dienst nicht ausreichend, entsprechend seiner Größe, berücksichtigt wird.

Wir haben durch die seit vielen Jahren durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen schon erheblich an Dienstposten verloren. Die damit verbundene Leistungserhöhung und die erhöhten Qualitätsanforderungen haben keine besseren Beförderungsmöglichkeiten erbracht. Immer noch gilt für den mittleren technischen Dienst, von einigen Ausnahmen abgesehen, der gesetzliche Stellenschlüssel von A5/6 = 20 %; A7 = 42 %; A8 = 30%; A9 = 8%.

Zur Zeit gibt es im höheren technischen Dienst ca. 1 400, im gehobenen technischen Dienst ca. 17 000 und im mittleren technischen Dienst ca. 51 000 Beschäftigte.

Der Zugang von Dienstposten durch die neuen Dienste hat das jetzt bestehende Zahlenverhältnis von 1 : 3 = gehobener technischer Dienst : mittlerer technischer Dienst nicht ausreichend berücksichtigt.

Dieses kann nicht unwidersprochen hingenommen werden, weil dadurch die Zukunftsaussichten der Laufbahnbeamten des mittleren technischen Dienstes in nicht wiedergutmachender Weise geschmälert werden.

Der zusätzliche Personalbedarf für die neuen Dienste verhält sich jetzt etwa 2,2 Cft : 3 Bft.

Gegen kurzfristige Veränderungen wäre ja auch gar nichts einzuwenden, aber was einmal in den „Händen“ des gehobenen technischen Dienstes ist, verbleibt auch dort, dieses hat das letzte Jahrzehnt deutlich gezeigt.

Wenn noch ein Beweis notwendig ist: Punkt 3 des Forderungskataloges – Wiederherstellung der Anordnung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages – sagt dieses aus.

Der Punkt 2 ist wohl der am meisten diskutierte Teil des Kataloges. Er fordert, die Beförderungsnachteile abzubauen, die durch die Nichtberücksichtigung von Tarifkräften, die auf Dienstposten des mittleren technischen Dienstes untergebracht sind und bei der Errechnung der Beförderungsplanstellen **nicht** berücksichtigt werden.

Seit vielen Jahren haben in zunehmendem Maße unsere Fernmeldehandwerker nach beendeter Ausbildung und bestandener Laufbahnprüfung aus finanziellen Gründen die Übernahme in das Beamtenverhältnis abgelehnt.

Je nach Dienstposten beträgt die finanzielle Einbuße bei der Übernahme zwischen ca. 150,- DM bis 380,- DM netto. Dieses finanzielle Opfer, quasi ein Eintrittsgeld in die Beamtenlaufbahn, ist manchen Kollegen, die z. B. eine Familie zu versorgen haben, nicht so ohne weiteres zuzumuten.

Die VDFP hat diesen Entschluß, sich nicht übernehmen zu lassen, würdigend und anerkennend aufgenommen. Sie hat ihn dazu benutzt, den Bundesministerien immer wieder klar zu machen, daß an der Zuordnung der Besoldungsgruppen zu der Laufbahn des mittleren technischen Dienstes bei solchen finanziellen Einbußen etwas nicht mehr stimmt. Die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz wird durch diesen Umstand auf das Größte verletzt.

Ein Laufbahneinstieg in die Besoldungsgruppe A6, besser in A7, hätte das Problem weitgehendst gelöst; das BPM hat sich jedoch hinter juristischen und laufbahnrechtlichen Vorschriften verschanzt und keine Veränderung herbeigeführt.

Durch die zunehmende Zahl von Kollegen, die sich zu Recht bei dieser finanziellen Einbuße nicht haben übernehmen lassen, ist nun für die beamteten Kollegen ein Verlust von über 7 000 Beförderungen eingetreten.

Dieser Umstand hat die VDFP veranlaßt, das Problem auf den Tisch zu legen, damit Regelungen diskutiert werden können.

Die VDFP hat keine Regelung vorgeschlagen, die unsere Kollegen aus dem Tarifbereich gegen ihren Willen versetzt oder in irgend einer Weise schädigt. Diese Kollegen sind

qualifiziert, solche Tätigkeiten auf Dienstposten des mittleren technischen Dienstes auszuführen, nur sollte es dann auch bei der Zuteilung von Beförderungsplanstellen berücksichtigt werden. Die VDFP hat sich den Standpunkt zu eigen gemacht, nicht unsere Kollegen aus dem Tarifbereich zu schädigen, sondern die Situation den Beamten anzugleichen. Die Gewerkschaften haben diesen Standpunkt bzw. Erfolge in dieser Richtung bis jetzt jedenfalls nicht deutlich erkennen lassen.

Bei allen Gesprächen mit Ministerien und Parteien hat die VDFP eine größere Attraktivität für die Laufbahn des mittleren technischen Dienstes gefordert. So z. B. eine Vergrößerung der Ausgleichszahlung bei der Übernahme, vor allem aber einen schnelleren Durchstieg durch die Besoldungsgruppen A5/6 bis A7.

Damit wäre eine weitere Verminderung des Anreizes für eine Verweigerung der Übernahme gegeben. Für Verbesserungen in dieser Richtung hat sich die VDFP im Haushalt 83, aber auch im Haushalt 84 eingesetzt und deutliche Fortschritte erreicht.

Im Umfeld derer, die möglicherweise zu Veränderungen beitragen können oder gar Entscheidungen zu fällen haben, ist nach unseren Informationen schon einiges diskutiert worden.

So zum Beispiel:

Die Versetzung zu den bauausführenden Kräften, oder vor der Ausbildung ein Versprechen abzugeben, daß man zum Einstieg in die Beamtenlaufbahn einwilligt,

oder

die Kollegen noch einmal anzusprechen, sich nachträglich doch noch übernehmen zu lassen,

oder

die Übernahme durch den Bundespersonalausschuß mit besserem Einstieg als in der Eingangsstufe, —

man könnte hier noch einiges anführen.

Die VDFP steht aber nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die ehrlichste und beste Lösung der Probleme letztlich nur die Erfüllung des Punktes 5 des 9-Punkte-Forderungskataloges sein kann: nämlich die Schaffung einer Technikerlaufbahn nach dem Exposé zur Laufbahnneuordnung der VDFP aus dem Jahre 1966.

◆ Die Erläuterungen werden fortgesetzt. ◆

VDFP beim Postausschuß des Deutschen Bundestages

Vertreter der VDFP führten am 13. 10. 1983 in Bonn mit Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Post- und Fernmeldewesen ein Informationsgespräch. Zu den Hauptpunkten gehörten u. a. Rationalisierung, allgemeine Laufbahnfragen, Ausbildung, Bewertung und Bemessung, Einkommensverluste bei der Übernahme ins Beamtenverhältnis und Aufstieg für besondere Verwendung. Dieses Gespräch diente dazu, den Parlamentariern die allgemeinen Vorstellungen der VDFP zu erläutern.

Aus den Bezirken

Bezirk Nordwürttemberg

25 Jahre VDFP-Bezirk Nordwürttemberg

Vor 25 Jahren schlossen sich die Fernmeldetechniker der Deutschen Bundespost im Bereich der Oberpostdirektion Stuttgart wieder zusammen und gründeten die "Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (VDFP)". Ihre Vorgängerorganisation, der "Bund mittlerer technischer Reichstelegrafentechniker e.V.", er wäre heute über 100 Jahre alt, wurde im sog. 3. Reich aufgelöst.

Die Wiedergründung vor 25 Jahren nahmen die Fernmelde- und Posttechniker zum Anlaß einer Jubiläumsveranstaltung im Otto-Riehmüller-Haus in Stuttgart.

Nachdem der 1. Vorsitzende, Kollege Wolfgang Bauer, die anwesenden Ehrengäste namentlich begrüßte und vorstellte, wurden die Jubilare und die Delegierten des Bezirks herzlich willkommen geheißen. Die Gemeinsamkeit und das gemeinsame Handeln zog sich durch die gesamte Jubiläumsveranstaltung.

Neben den Grußworten des Vizepräsidenten der OPD Stuttgart, der Amtsvorsteher des OPD-Bezirks und verschiedener Berufsgruppenverbänden, gaben zwei weitere Höhepunkte dem Tag ein besonderes Gepräge.

In einer kleinen Ausstellung nachrichtentechnischer Geräte konnten sich die zahlreich erschienenen Gäste aus Verwaltung und Politik davon überzeugen, wie rasant der technische Wandel seit den Jahren des zweiten Weltkrieges bis heute verlief. Der Wandel von der Mechanik zur Digitalisierung wurde hier anschaulich dargestellt. Wer hier, neben dem Blinken der Metalle und der Bauteile, die darin versteckte Technik erkennen konnte, der kann auch die Anforderungen, die der Wandel von der Mechanik zum Computer



Die Ausstellung "Fernmeldetechnik im Wandel der Zeit" fand reges Interesse bei allen Teilnehmern. Im Bild der Vizepräsident der OPD Stuttgart, Herr Dipl.-Ing. Burkhardt, mit unserem Kollegen Hans Maier, vor Bauteilen der sogenannten neuen Technik.

an den mittleren technischen Dienst gestellt hat, beurteilen. Die Kräfte, die diese Umstellung der Technik bei der Deutschen Bundespost gemeistert haben, sind zwar Beamte des mittleren Dienstes, aber ihre Tätigkeiten unterscheiden sich nicht von denen der Techniker in Industrie und Wirtschaft. Die berechtigte Forderung nach Einführung der Technikerlaufbahn wurde hier "ohne Worte" demonstriert.

Von den am Festtag geehrten 155 Jubilaren sind immerhin noch 105 Kollegen aktiv im Dienst. Nach dem Verlesen der Namen aller Jubilare durch den Vorsitzenden ehrte er stellvertretend für jede Ortsvereinigung den ältesten noch aktiven Jubilar durch das Anstecken der goldenen Ehrennadel. Die übrigen anwesenden Jubilare wurden in ähnlicher Form von ihren Ortsvorsitzenden geehrt.

Nach diesem Festakt wurde um 17.00 Uhr das Kalte Buffet geöffnet. Hier ergaben sich noch viele Gelegenheiten zum Gedankenaustausch in aufgelockerter Art und Weise.

Dieser Tag war ein großer Erfolg für die 25jährige VDFP-Arbeit im Bezirk Nordwürttemberg.



In seinem Festvortrag erläuterte der VDFP-Bundesvorsitzende Karl Fischer u. a. auch den neuen 9-Punkte-Forderungskatalog der VDFP. Er sagte dazu: "Die Vereinigung hat in Veränderung der politischen Situation kein neues Programm erstellt, sondern einen Forderungskatalog aufgestellt, um eine der Laufbahn entsprechende Anerkennung zu erwirken."

Bezirk Nordbaden

Am 21. Oktober 1983 fand in Schwarzach der Bezirksdelegiertentag der BV-Nordbaden statt.

Der geschäftsführende Vorstand Karl Seidler übermittelte bei seiner Begrüßung die Grüße des Bundesvorstandes und der BV-Pfalz. Leider mußte der Bundesvorsitzende Karl Fischer aus gesundheitlichen Gründen sein Referat absagen. Karl Seidler wünschte ihm von hier aus die besten Genesungswünsche. Der langjährige 1. Vorsitzende der BV-Nordbaden und Mitglied des Bundesvorstandes Gerhard Huber

übernahm dankenswerterweise die Aufgabe des Referats und zeigte aktuelle Aufgaben des Bundesvorstandes auf. Erläuternd stellte G. Huber den 9-Punkte-Forderungskatalog der VDFP zur Situation im mittleren technischen Dienst bei der DBP vor, der vom Bundesvorstand am 28. 09. 83 an den Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling übergeben wurde.

Im Geschäftsbericht des Bezirksvorstandes wurde vom herausragenden Erfolg des 30jährigen Jubiläums der BV Nordbaden und Pfalz bei der OPD Karlsruhe berichtet. Die Arbeit der VDFP, das Ansehen und die Leistungen des mittleren technischen Dienstes der DBP wurden vom Präsidenten der OPD Karlsruhe und den Berufsvertretungen voll gewürdigt.

In der Aussprache zum Geschäftsbericht wurde die Arbeit des bisherigen BV-Vorstandes insgesamt gewürdigt und den ausscheidenden Mitgliedern für die bisherige Arbeit herzlich gedankt.

An dieser Stelle wurde dem allzufrüh verstorbenen stellvertretenden Bezirksvorsitzenden und Mitglied im Bundesvorstand Richard Rieser gedacht. Er wird allen Mitgliedern in der BV-Nordbaden und Pfalz unvergeßlich bleiben.

Dem aus gesundheitlichen Gründen ausgeschiedenen 1. Vorsitzenden G. Huber war es ein besonderes Anliegen, die Arbeit des BV-Vorstandes in jüngere Hände zu legen und bat um eine breite Unterstützung der Vorstandsarbeit durch alle Mitglieder. Dem aus Altersgründen scheidenden Schriftführer Erwin Edelmann wurde für die langjährige gewissenhafte Arbeit ein Präsent überreicht.

Bei der Wahl des BV-Vorstandes gab es folgendes Ergebnis:

Bezirksvorsitzender:	Karl Seidler,	FA Mannheim
Stellvertr. Vorsitzender:	Harald Pflieger,	FA Heidelberg
Stellvertr. Vorsitzender:	Heinrich Ehrhard,	FA Mannheim
1. Schriftführer:	Bernd Elser,	FA Mannheim
1. Kassierer:	Peter Hamm,	FA Mannheim

Der Kollege Gerhard Huber wird zur Unterstützung des BV-Vorstandes als Beisitzer mitarbeiten.

Im Anschluß an die Aussprache, in der die breit gefächerten Anforderungen und Probleme des BfT-Dienstes deutlich aufgezeigt wurden, verabschiedete sich die Versammlung in der Gewißheit, daß diese Aufgaben gemeinsam und kollegial zu lösen sind.

Bezirk Münster

Etwa vierzig Kollegen nahmen an der Jahreshauptversammlung der Bezirksvereinigung Münster teil.

Kollege Herbert Dissen begeisterte die Anwesenden mit einem aufschlußreichen Vortrag "Die Situation des BfT-Dienstes heute".

Die Neuwahl ergab:

Vorsitzender:	Koll. Heinrich Mentrup, Münster
Stellvertr. Vorsitzender:	Koll. Willi Werwer, Recklinghaus.
Stellvertr. Vorsitzender:	Koll. Horst Zander, Münster
Schriftführer:	Koll. Horst Niestadt, Münster
Stellvertr. Schriftführer:	Koll. Jochen Engelbrecht, Recklinghausen
Kassierer:	Koll. Wolfgang Kipper, Münster
Stellvertr. Kassierer:	Koll. Norbert Richter, Warendorf

Erfreulich, daß sich diesmal einige junge BfT-Kollegen zur Wahl gestellt haben. Damit werden wir in die Lage versetzt, auch die Laufbahnwünsche der jungen Kollegen ins rechte Licht zu setzen.

Bezirk Rhein-Ruhr

Die diesjährige Jahreshauptversammlung fand am 29. 11. 83 im Casino des Fernmeldeamtes Duisburg statt. Die Veranstaltung stand ganz im Zeichen des Referates von Herrn Dipl.-Ing. Pomper der Firma SEL. Bevor das Referat gehalten wurde, hatte der Vorsitzende des Bezirks die Versammlung begrüßt. Die Grußworte des Präsidenten der OPD Düsseldorf überbrachte Dipl.-Ing. Schultz von der Abteilung 2.

In seinem Referat zeigte Herr Pomper die Einsatzmöglichkeiten und den Aufbau des Systems 12 (DIV) auf. Insbesondere erwähnte er neue Techniken, die System 12 ermöglicht. Auf eine erschreckende Zwischenfrage nach dem Personalbedarf bei System 12 antwortete Pomper. "Den Personalbedarf regelt die Verwaltung." Im Anschluß an das Referat fand eine rege Diskussion statt, in die sich auch die anwesenden Gäste einschalteten.

Fortgesetzt wurde die Versammlung mit dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden. Herbert Dissen wies nochmal auf alle Aktivitäten des Bezirksvorstandes hin.

Mit den Schlußworten von Herbert Dissen endete diese Jahreshauptversammlung.

Bezirk Hessen

EHRENBRIEF DES LANDES HESSEN für JOSEF RIEGER



Am 08. 12. 1983 wurde Josef Rieger im Grünen Zimmer des Fuldaer Barockschlosses der Ehrenbrief des Landes Hessen vom Oberbürgermeister der Stadt Fulda, Herrn Dr. Hamberger, überreicht.

Mit dieser Auszeichnung wurden seine Verdienste in der VDFP gewürdigt, die er sich als langjähriger Bezirksvorsitzender und Beisitzer im Bundesvorstand erworben hat.

Als Gäste waren vom Bundesvorstand der Bundesvorsitzende Karl Fischer und das Bundesvorstandsmitglied Kurt Wetzlar anwesend.

Der Bundesvorsitzende Karl Fischer dankte Josef Rieger für seine aufopferungsvolle Tätigkeit und wünschte ihm für seine weiteren Ziele und Aufgaben viel Glück und ein gutes Gelingen.

Bezirk Rheinland

Vorsitzender: Andreas Damian, FA1-Koblenz
Stellvertreter: Wilhelm Kick, FA-Trier
Stellvertreter: Dieter Kimminus, FZA-Simmern
Schriftführer: Heinz Panzner, FA2-Koblenz
Stellvertreter: Heinz Untiedt, FA1-Koblenz
Kassierer: Frank Kraftczyk, FA2-Koblenz
Stellvertreter: Gerhard Fink, FA2-Koblenz

Berichte der Arbeitskreise:

Mitglieder des Arbeitskreises Pt im Bundespostministerium

Zu mehreren Informationsgesprächen trafen am 3./4. 11. 1983 die Kollegen Haas, Keller und Fuhrmann mit Referenten des BPM zusammen. Die Gespräche wurden auf Initiative des VDFP vereinbart und in offener und sachlicher Atmosphäre geführt.

Die Thematik war breit gefächert und legte die gesamte Problematik im Pt-Bereich dar. Es wurden die Themen

Situation im Bereich Kr.,
Bewertung,
Bemessung,
Fachkraft für Arbeitssicherheit,
Energie-Brandschutzbeauftragter,
Umweltschutz,
Neuordnung der Organisationsrichtlinien

mit den Vertretern des BPM erörtert.

Die derzeitige Situation im Bereich der Pt-Laufbahn stellt sich wie folgt dar.

Mit unseren berechtigten Forderungen, die vom BPM zum Teil anerkannt wurden, stehen wir in Konflikt zu den Einsparungstendenzen der Deutschen Bundespost. Aufgrund der Finanzlage wurden der DBP auf höchster Ebene in puncto Einsparung klare Auflagen gemacht. Eine Weisung, die sich in alle Bereiche niederschlagen wird. In wieweit sich die Einsparung bzw. Abschmelzung auf den Pt-Bereich auswirkt, konnte im derzeitigen Stadium nicht geklärt werden. Da im Moment sich alles im Fluß befindet, ist eine genaue Information unserer Mitglieder nicht möglich. Wir bitten um Verständnis und hoffen, zum nächstmöglichen Termin ein klares Bild unserer Laufbahn aufzuzeigen.

Im ständigen Dialog werden wir versuchen, unsere berechtigten Forderungen stetig und in angepaßter Form zu vertreten.

Kl.-J. Haas

Der Arbeitskreis FeE erinnert:

... daß bei Einschaltung von Apparaten der Bauserie 75 sowie bei Prüf- und Meßhilfen für andere Dienststellen Ersatzblätter 3 geschrieben werden müssen.

... daß Sammelschalttaufträge nur dann bemessen werden, wenn die Schaltung durch FeE nachweisbar ist.

Leserbriefe

Wird die Privatisierung eingeleitet?

Die DBP investiert 1983 eine zusätzliche Milliarde DM zum Ausbau der Breitbandnetze, verringert aber gleichzeitig mit einem Willkürakt die Quote der eaKr (eigene ausführende Kräfte) regional unterschiedlich von 15 bis 25 v. H.

Zusätzlich ist nach der Neubemessung der Fortfall von Beförderungsdienstposten bei PIL und BvL der Abtl 6A, welche für die Bauplanung und Vorbereitung der Breitbandnetze verantwortlich sind, zu verzeichnen.

Durch diese restriktiven Personalwirtschaftsmaßnahmen kann die Nachfrage zur Errichtung von Breitbandnetzen und einzelnen Kabelanschlüssen nicht bedarfsgerecht gedeckt werden.

Kollegen der Abtl 6A werden bereits zur Ableistung von Überstunden aufgefordert. Dies bei 2,3 Mill. Arbeitslosen.

Der Weg zur Privatisierung des Fernmeldebereiches ist somit vorgezeichnet, denn die nicht bedarfsgerechte Nachfragedeckung wird Anlaß sein, die Kooperationsmodelle verstärkt anzuwenden.

A. Damian

★ ★ ★

Der Kongreß tanzt?

Vor einigen Wochen fand der Kongreß einer der großen Gewerkschaften aus dem Bereich der Bundespost statt, auf dem rund 400 Delegierte, darunter etwa 300 Beamte, vertreten waren.

Einer dieser Delegierten, ein gewisser H. D. Hackel aus Kiel, gab in einem von Beifall untermalten Wortbeitrag Erstaunliches von sich: man sollte sich den Namen H. D. Hackel gut merken!

Herr Hackel spricht in seinem Redeschwall von Menschen zweiter Klasse, genauer von Arbeitern, exakt von Fernmeldehandwerkern bei der Deutschen Bundespost, und stellt dabei die Behauptung auf: diese Klassifizierung sei von der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post erfunden worden. Ganz nebenbei sei erwähnt, daß rund 90 % aller Mitglieder in der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post **auch** Mitglieder der oben erwähnten großen Gewerkschaft sind!

Zu den Verdrehungen des H. D. Hackel ist die Frage zu stellen, unter welchem Aspekt die angebliche Klassifizierung vorgenommen worden ist?

Bei der heutigen Haushaltslage werden bei allen Diskussionen immer finanzielle Erwägungen in den Raum gestellt.

Vielleicht betrachtet H. D. Hackel seine Klassifizierung auch unter finanziellen Aspekten, aber es ist schwer vorstellbar, daß er den Monatslohn eines Fernmeldehandwerkers auf einem Beamtendienstposten mit dem Grundgehalt eines Beamten im mittleren technischen Dienst vergleicht!

Da er in seinem Wortbeitrag aber immer wieder die Klassifizierung zwischen FHandw und Bea aufgriff, könnte er doch eigentlich nur

- die Überstundenregelung,
- den Nachtarbeitszuschlag und
- die Erschwerniszuschläge für sonstige Arbeiterschwernisse gemäß § 10 II. Abs. 7 der Anlage 4 zur TV Arb/A gemeint haben.

Aber leider hat er diese Punkte überhaupt nicht angesprochen. Wir geben dennoch einige Beispiele dazu:

- Bei der Überstundenregelung werden für FHandw die Zeiten von mehr als 10 bis 30 Minuten als halbe Arbeitsstunden angesetzt, am Monatsende zusammengerechnet und vergütet. Die Überzeiten von 10 bis 30 Minuten kann der Bea jedoch nicht in Anrechnung bringen, erst ab 31 bis 60 Minuten wird ihm Überzeit angerechnet und nur durch Freizeit vergütet. Der FHandw dagegen erhält für geleistete Überzeit bei in Anspruch genommener Freizeitvergütung noch 25 % Zuschlag zum Ecklohn, ohne Freizeitvergütung ist der Zuschlag 125 % des Ecklohnes.
- Nach den Bestimmungen über die Gewährung eines Erschwerniszuschlags gemäß § 10 II. Abs. 7 nach TV Arb/A Anl. 4 sind dem FHandw zum Beispiel für das Tragen, Be-, Um- oder Ausladen von Artikeln mit einem Gewicht von mehr als 10 kg, bei weniger als 4 Stunden dieser Tätigkeit 40 % und bei mehr als 4 Stunden 75 % seines Ecklohnes als Erschwerniszuschlag zu zahlen. Der ebenfalls in der gleichen Gruppe mitarbeitende Beamte erhält in beiden Fällen keinerlei Zuschlag.
- So gibt es 105 weitere Möglichkeiten (immer nur eine pro Tag) für FHandw Erschwerniszuschläge zu verrechnen, darunter 19, die bei mehr als 4 Stunden der zugeordneten Tätigkeit mit 110 % des Ecklohnes zu vergüten sind.

Obwohl dieser Zustand schon seit vielen Jahren besteht, haben wir nie darüber gesprochen. Wir haben uns mit jedem gefreut, der eine Zulage erhalten konnte. Keiner der Beamten hat sich zurückgesetzt gefühlt und nie hat einer an Klassifizierung gedacht.

- **Jetzt ist das böse Wort gefallen!**
- **Jetzt muß man uns gestatten darüber nachzudenken!**

Wir fragen deshalb Herrn H. D. Hackel:

- Ist der Mensch allein durch den Beamtenstatus immunisiert gegen gesundheitsschädigende, ätzende oder giftige Stoffe oder Lösungsmittel, z. B. Tetra, Uranin, Benzol, Rohöl, Säuren, Wasch- oder Testbenzin usw.? (siehe II (7) Nr. 68 der oben genannten Anl.)
- Ist das Tragen von Lasten über 10 kg für Beamte keine besondere Anstrengung? Der Bea erhält auch bei Zentnergewichten keine Zulage, der FHandw dagegen (siehe II (7) Nr. 95 der oben genannten Anl.)
- Ist das Arbeiten mit Schlagbohrmaschinen für den Beamten keine erhebliche Belastung? (siehe II (7) Nr. 55 der oben genannten Anl.)
- Ist der Mensch durch seine Stellung als Beamter weniger wert, oder ist der Mensch als FHandw soviel mehr wert, daß man ihm für besondere Arbeitsbedingungen besondere Zulagen gewähren muß?

Wir müssen feststellen, daß bei jeweils gleicher Tätigkeit kein Beamter des mittleren technischen Dienstes die Möglichkeit hat, Zuschläge für Erschwernis in Anrechnung zu bringen!

Aber diese Fragen stören den FHandw Hackel nicht, auch sieht er darin keine Klassifizierung. Er genießt diese Vorteile und schweigt dazu!

Aber, daß Beamte weiter nichts als ihren Beamtendienstposten beanspruchen, das stört ihn ganz erheblich. Das treibt Herrn Hackel auf die Barrikaden. (Und da sind auch noch etwa 300 Beamte, die ihm Beifall zollen.)

Den weiteren Unterstellungen des Herrn Hackel müssen wir entgegenhalten:

- Hetze gegen das Tarifpersonal betreibt die VDFP nicht und hat sie nie betrieben!
- Ein Handlanger des Bundespostministers ist diese Vereinigung erst recht nicht!
- Die VDFP ist eine **Berufsgruppenvertretung des mittleren technischen Dienstes bei der DBP und somit eine legitime Vertretung der Beamten dieser Laufbahn!** Sie hat als solche das Recht und die Pflicht, Mängel und Ungereimtheiten im Laufbahn- und Besoldungsgefüge aufzuzeigen und zur Diskussion zu stellen!

|| Das Bestehen der VDFP und die Ausübung ihrer Tätigkeiten sind aufgrund des Grundgesetzes Artikel 9 Absatz 3 rechtlich gesichert. ||

Wir sind der Ansicht: "Hier kämpft einer für seine eigenen Belange auf Kosten vieler" – nämlich auf Kosten der Beamten des mittleren technischen Dienstes, die wahrscheinlich auf dem Kongreß überhaupt nicht wußten, um was es hier geht. Deshalb bringen wir nachfolgend eine Aufstellung über den Verlust an Beförderungsdienstposten für den mittleren technischen Dienst durch Besetzung der Beamtendienstposten mit FHandw.

Uns fällt zum Thema Kongreß der Titel-Hit des Kinofilms "Der Kongreß tanzt" ein:

*'Das gibt's nur einmal, das kommt nicht wieder,
das ist zu schön um wahr zu sein!'*

• •
*Da kommt einer, schreit alles nieder
und reißt die eigenen Wände ein.*

W. Hörle / H. Befort
(VDFP-Bez. Hessen)

Betreff: Übernahme der FHandw ins Beamtenverhältnis

Mit Stand vom 1. Okt. 1982 haben 1 577 FHandw/PHandw eine Übernahme ins Beamtenverhältnis als TFAss/TPAss abgelehnt. Ebenso weitere **15 900 FHandw/PHandw** bei der Übernahme als FW/PW. Als Begründung wurde festgestellt:

- Einkommensverlust bei der Übernahme,
- für Arb/Ang günstigere Regelungen hinsichtlich der Überstunden, Zulagen, Abordnung/Versetzung usw.;
- Beeinflussung

Die Tendenz der Ablehnungen ist zunehmend: (1974 – 1979 = 2 %; 1980 – 1982 = 12 %, einzelne OPDn sogar 40 %). Besondere Konflikte entstehen durch den unterschiedlichen Status mit unterschiedlichen Rechten/Pflichten bei gleicher Tätigkeit. Bei zunehmendem Anteil von Arb/Ang auf Bft-/Bpt-Dp läßt sich langfristig auch eine Beschäftigung auf höherbewerteten Dp (A 8 und höher) nicht ausschließen. Dies bedeutet eine weitere Verminderung des Anreizes für die Übernahme ins Beamtenverhältnis.

- Im Bereich Bft/Bpt entstand durch die Nichtübernahme ins Beamtenverhältnis bisher nachstehender **Verlust an Beförderungsmöglichkeiten:**

A 7	1 140
A 8	555
A 9/A 9Z	116

- Weil auch 1983 die Stellenobergrenzen nicht ausgeschöpft werden konnten, ergab sich im Bft-/Bpt-Dienst ein weiterer Verlust von insgesamt 6.135 Beförderungsmöglichkeiten:

A 6	2 072
A 7	2 449
A 8	1 189
A 9	252
A 9 Z	173

- Insgesamt ergeben sich damit für die Laufbahn Bft/Bpt **7 946 verlorengegangene Beförderungen!**

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 10. 02. 1984

Anschrift:

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.
– Der Bundesvorstand –
Postfach 4524, 6000 Frankfurt/Main 1
Verlag: Eifert Druck und Verlag GmbH,
Postfach 2233, 7768 Stockach 1
Bezugspreis: DM 1,60 – für die Mitglieder durch den Beitrag
abgegolten
Die Zeitung erscheint vierteljährlich.

Verantwortliche Redakteure:
F. J. Hermkes, Volmerswertherstr. 29, 4040 Neuss 1, Telefon privat
02101 / 35550; Waldemar Hörle, Gerhart-Hauptmann-Ring 137,
6000 Frankfurt/Main 50, Telefon privat 0611 / 571655, dienstlich
06196 / 4782751; Werner Zok, Uellendahler Str. 44, 5600 Wup-
pertal 1, Tel.: dienstlich 02101 / 100323, privat 0202 / 442609.
Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die
Meinung der VDFP oder der Redaktion dar.



**Die Berufsgruppenvertretung
für den mittleren technischen
Dienst der Deutschen Bundespost**





Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Ausgabe 2 / 1984

19. Jahrgang

Weitere Kürzungen im Bereich FeV zu erwarten

Seite 2

**Kommentar zum
Forderungskatalog**

Seite 2

**Bundestags-
abgeordnete
besichtigen das
FA Saarbrücken**

Seite 3

**VDFP-Bundes-
vorstand
in Bonn**

Seite 4

**Arbeitstagung 1984
der
Bezirksvorstände**

Seite 5

Aus den Bezirken

Seite 5

**Hannover-Messe
1984**

Seite 5



Siemens-Pressbild

Wertkarten statt Münzen dienen beim neuen Chipkartenfernsprecher "interset 300" von Siemens zum Telefonieren. Das mikroprozessorgesteuerte Gerät ist gegen Vandalismus und Manipulation weitestgehend gesichert.

Weitere Kürzungen im Bereich FeV zu erwarten

Die neuen Bildungsregeln für Fernsprechvermittlungsbzirke, Bemessungsbereich 383 (FeV), sind verfügt. Mit Schreiben vom 16. 02. 1984 an die Abteilung 2 des BPM wandte sich der VDFP-Bundesvorstand gegen mögliche Kürzungen durch Rundungsergebnisse von verschiedenen Tätigkeiten. So ist in der neuen OrgRichtl vorgesehen, die Bemessungsanteile der AtNr 383 11 (TBA), 383 15 (EL/EPI Bft) und 383 17 (EPI BF) je FeVBz zusammenzufassen und zu runden. Obwohl nach der DABemÄ Rundungsergebnisse von z. B. 3,31 ArbE auf volle 4 Dp aufgerundet werden können, sieht die Praxis der Genehmigung der Arbeitspostennachweise (ApN) durch die BAB F meist negativ aus.

Nach Mitteilung aus dem BPM ist es den FÄ überlassen, die Beibehaltung von Arbeitsbezirken innerhalb von FeVBz gegenüber dem BPM zu begründen, wobei dann auch Alternativen aufgezeigt werden müssen. Aus diesen organisatorischen Änderungen ist es zu erkennen, daß die neue OrgRichtl zu Rationalisierungsmaßnahmen – auch über den Fortfall von 27 Einsatzplätzen hinaus – führt und wieder besetzte Dienstposten in Fortfall kommen.

Mit nachstehend aufgeführtem Schreiben vom 16. 02. 84 hat der Bundesvorstand dem BPM die zu erwartenden Mängel aufgezeigt.

“Neue Organisationsrichtlinie für die Dienststelle Fernsprechvermittlung, Bemessungsbereich 383 (FeV); hier: Bildungsregeln für Fernsprechvermittlungsbezirke und die personellen Folgen.

Durch Ihre Vfg 211-3 A 1461-3/FeV vom 28. 12. 83 sind die neuen Bildungsregeln für FeVBz in Kraft gesetzt worden. Die Untergrenze von 1,51 ArbE am EPI wurde unverändert übernommen und die Obergrenze auf 4,4 ArbE erweitert. In der Anlage zu dieser Vfg sind die FeVBz für jedes FA der Grundform (einschließlich der Arbeitsbezirke bei FÄ der Normalform) festgelegt worden.

Mit dieser Festlegung sind organisatorische Änderungen verbunden, die dazu führen, daß EPI und Arbeitsbezirke aufgehoben werden, weil nach der im Geschäftsgang befindlichen OrgRichtl festgelegten Untergrenze von 1,51 Arb E am EPI und die Mindestzahl von 9,5 Betriebskräften nicht erreicht wird.

Nach unserer Kenntnis sind im Bundesgebiet etwa 26 FÄ von dieser Regelung betroffen. Doch genau damit ist die organisatorische Unruhe eingetreten, welche nach Ihrer obigen Vfg weitgehend vermieden werden sollte.

Allein im OPD-Bezirk Düsseldorf werden voraussichtlich zwei EPI wegfallen. Dabei ist noch ungeklärt, ob die in Ihrer Vfg festgelegte Höchstzahl von FeVBz mit den Arbeitsbezirken gleichzusetzen ist. Trifft dieser Zustand zu, bedeutet dies, daß bei FÄ mit mehreren Arbeitsbezirken einer FernVSt ein weiterer EPI wegfällt. So würden z. B. im Bereich der OPD Dssd dann insgesamt 3 EPI aufgehoben. Die sich daraus ergebenden Bewertungsveränderungen führen dazu, daß u. U. Spitzendienstposten A 9 Z verlorengehen.

In der neuen ArbOrgRichtl 383 FeV ist vorgesehen, die Bemessungsanteile der AtNr 383 11 (TBA), 383 15 (EL/EPI Bft) und 383 17 (EPI BF) je FeVBz zusammenzufassen und zu runden. Dieser organisatorische Gesichtspunkt führt dazu, daß dem Bemessungsbereich 383 FeV Spitzendienstposten verlorengehen.

Das folgende Beispiel verdeutlicht diesen Sachverhalt:

<u>Bisherige Bemessung</u>		<u>Künftige Bemessung</u>	
Aufs ArbE	= 1,71 = 2 Dp	Aufs ArbE	= 1,71
EPI ArbE	= 1,73 = 2 Dp	EPI ArbE	= 1,73
	zusammen = 4 Dp	zusammen	= 3,44 ArbE = 3 Dp

Es ist somit klar erkennbar, daß die Änderungen der Org Richtl 383 FeV zu Rationalisierungsmaßnahmen führen und besetzte Dp in Fortfall kommen. Wir sind der Auffassung, daß die Funktionsfähigkeit und Überschaubarkeit im Fernsprechvermittlungsbetrieb durch solche Maßnahmen zumindest stark beeinträchtigt werden.

Wir bitten Sie, diese Sachlage nochmals zu überprüfen und in Ihrer Einführungsverfügung zu berücksichtigen.“

Kommentar zum 9-Punkte-Forderungskatalog

Die Deutsche Bundespost hat die Anordnung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages vom 24. 03. 1977 durch die Herausgabe eines neuen Bewertungskataloges für die Ämter des Fernmeldewesens beseitigt.

Die VDFP ist der Meinung, daß die Anordnung auch dann noch ihre Gültigkeit hat, wenn die damaligen Stelleninhaber die Dienstposten verlassen haben und eine Neubesetzung erforderlich ist.

Die Repräsentativumfrage '74 der VDFP hatte in ihrem Ergebnisbericht deutlich bewiesen, daß auf Dienstposten A9/10 viele Bft-Kräfte beschäftigt werden.

Zur Zeit sind ca. 2.000 Dp des CFt-Dienstes nicht besetzt. Die hier anfallenden Tätigkeiten werden zum Teil von anderen CFt-Beamten, der größte Teil jedoch von Bft-Beamten wahrgenommen. Zur Bereinigung dieses Problemes ist eine grundsätzliche Entscheidung über die Neuordnung der Tätigkeiten zu den beiden Laufbahnen längst überfällig. Die VDFP wird dieses Problem nicht aus den Augen verlieren, bis ein für beide Seiten gerechtes Urteil gefällt ist.

Bei der Einführung neuer Dienste bei der Deutschen Bundespost, die z. T. sehr überhastet stattfinden, ist es in vielen Fällen nicht gewährleistet, daß der Bft-Beamte, der ja in ständigem Kontakt mit dem Kunden steht, über die neuen Dienste ausreichend informiert ist.

Er kann deshalb Fragen, die der Kunde ihm stellt, nicht ausreichend beantworten.

Dieser Mangel in der Fortbildung der Bft-Beamten ergibt keine gute Reklame für die neuen Dienste und er hinterläßt bei unseren Kunden einen sehr schlechten Eindruck über den Wissensstand unserer Kollegen.

Bei der Besetzung von Dienstposten, die in enger Verbindung mit den neuen Diensten stehen, wird den Bft-Beamten häufig der Vorwurf gemacht, sie seien in den neuen Techniken nicht ausreichend ausgebildet: aus diesem Grunde müßten die meisten Dienstposten in den neuen Techniken an CFt-Beamte vergeben werden.

Bei einer wesentlichen Vermehrung des Angebotes an Fortbildungen in neuen Techniken und Diensten könnte der Einsatz von Bft-Kräften wesentlich erhöht werden.

Die Beamten des mittleren technischen Dienstes bei der Deutschen Bundespost haben ein Anrecht auf eine Berufsbezeichnung, die ihrer Tätigkeit entspricht: vor allem dann, wenn entsprechende Empfehlungen der Kultusminister vorliegen.

In unserem Falle bedeutet die Laufbahnausbildung BfT eine Weiterbildungsmaßnahme, die statusfähig ist. (Zweitausbildung). Somit müßte nach beendeter Laufbahnausbildung eine entsprechende Berufsbezeichnung – nämlich

“Techniker“ – (ohne weitere Zusatzbezeichnungen) eingeführt werden. Der Bundespostminister ist im Rahmen seiner Befugnis in der Lage, diese Berufsbezeichnung für die in Frage kommenden Personen zu genehmigen.

Bundestagsabgeordnete besichtigen das Fernmeldeamt Saarbrücken

Die VDFP Bezirksvereinigung Saarland hatte am 07. 03. 84 den Bundestagsabgeordneten Hajo Hoffmann (SPD) und am 22. 03. 84 den Bundestagsabgeordneten Werner Schreiber (CDU) zu einer Besichtigung des Fernmeldeamtes Saarbrücken eingeladen.

1. Forderung nach einer neuen Ausbildungsordnung für den mittleren technischen Dienst mit Ziel “Technikeraufbahn”
2. Umwandlung der Fernmeldeschulen in Fachschulen



MdB Hajo Hoffmann (SPD)

1. Vorsitzender Edelbert Keller

bei der Erläuterung des 9-Punkte-Forderungskataloges

Nach der Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden der VDFP-Bezirksvereinigung Saarland, Edelbert Keller, erfolgte die Führung durch das Technikgebäude. Hierbei wurde deutlich aufgezeigt, wie umfangreich die Techniken sind, die eine Nachrichten- und Datenübermittlung ermöglichen und den gesamten Übermittlungsbetrieb sichern und gewährleisten.

Für die Unterhaltung und den Betrieb dieser Techniken ist der mittlere technische Beamte bei der Bundespost zuständig. Seine Aufgaben wurden beim abschließenden Rundgespräch erläutert.

Wichtigste Punkte dieses Gespräches waren:

3. Erweiterung des Fortbildungsangebotes bereits parallel mit der Einführung neuer Dienste und Techniken
4. Wegfall des Einkommensverlustes bei der Übernahme ins Beamtenverhältnis
5. Beseitigung des Beförderungsnachteils bedingt durch die Beschäftigung von Tarifpersonal auf Beamtendienstposten
6. Verwendungsaufstieg bereits ab dem 45. Lebensjahr
7. Aufstieg in den gehobenen Dienst
8. Privatisierungstendenzen in vielen Bereichen des Post- und Fernmeldedienstes.



2. Vorsitzender
Reinhold Gering

MdB
Werner Schreiber
(CDU)

1. Vorsitzender
Edelbert Keller

Am Telefonstand in der Eingangshalle des Fernmeldeamtes Saarbrücken

Abschließend wurde den Bundestagsabgeordneten der vom Bundesvorstand ausgearbeitete 9-Punkte-Forderungskatalog

überreicht, ihnen für die spontane Annahme der Einladung gedankt und die Bitte ausgesprochen, mitzuhelfen bei der Umsetzung unserer Forderungen.

VDFP Gespräch mit MdB Otto Regenspürger (CSU)

Am 09. 04. 84 hat in Bonn (Bundeshaus) ein Gespräch über den 9-Punkte-Forderungskatalog stattgefunden.

Gesprächsteilnehmer waren MdB Otto Regenspürger (CSU), Karl Fischer, Bundesvorsitzender der VDFP und Kurt Wetzlar, Bundesvorstandsmitglied.

Alle bereits bekannten 9 Punkte des Forderungskataloges wurden nochmals besprochen und von der Sache her als richtig anerkannt. Besonderer Wert wurde auf Pkt. 3 gelegt. (Wiederherstellung der Anordnung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages vom 24. 03. 1977). Diese Forderung der VDFP wurde als besonders aussichtsreich und notwendig anerkannt. Mit der Herausgabe eines neuen BewKat F ist diese Anordnung vom BPM unterlaufen worden. Man sollte in dieser Sache keine Mühe scheuen, für die Wiedereinsetzung einzutreten.

Bei den meisten anderen Forderungen bedeutet doch eine Änderung im Sinne der VDFP Strukturveränderungen – die

jedoch vor 1985 nicht zu erwarten sind. Strukturveränderungen **nur für den technischen Dienst**, so berechtigt sie auch sein mögen, können schlecht durchgesetzt werden, weil alle anderen Laufbahnen, sei es bei Bund, Länder und Gemeinden, mit der gleichen Forderung aufwarten.

Vorschläge, die zur Senkung der Personalkosten durch Verwendung von BfT-Kräften auf Dienstposten im Grenzbe-
reich BfT-CfT beitragen würden. (Punkt 6 Ausbildungskon-
former Einsatz) sind in der heutigen Zeit nicht zu verwirk-
lichen. Hier würde es zwangsläufig zu einer Neuordnung
von Tätigkeiten zu den Laufbahnen kommen, die zwar von
der VDFP begrüßt werden, aber von allen Beteiligten gut
durchdacht sein müßten.

Dagegen spricht insbesondere die derzeitige wirtschaftliche
Lage und die Bemühungen der Regierung, die Talsohle zu
überwinden.

Arbeitstagung 1984 der Bezirksvorstände

Die Bezirksvereinigung Rheinland richtet vom 28. bis 30. Juni 1984 in Rech, Hotel Appel, die Arbeitstagung der VDFP-Bezirksvorstände aus. Die Tagung beginnt am 28. 06. (Donnerstag) um 14.00 Uhr.

Am ersten Tag werden, als öffentlicher Teil, mit dem Präsidenten der Oberpostdirektion Koblenz und dem Bundesvorsitzenden der VDFP Laufbahn- und Organisationsfragen der Fernmeldeämter behandelt.

Weitere Themen der Arbeitstagung sind:

- DIV Einführung
- Tätigkeitszuordnung zu neuen Diensten
- Benachteiligung der Beamten gegenüber Tarifkräften
- Regelaufstieg / Verwendungsaufstieg / Laufbahnaufstieg
- Seminar Bemessung und Bewertung
- Änderung der VDFP-Satzung mit Empfehlung an die Bezirke
- VDFP Organisation und Information
- Personalvorschläge zum Bundesdelegiertentag 1984

In der nach Juni erscheinenden Ausgabe werden wir ausführlich von dieser Tagung berichten.

Aus den Bezirken:

Bezirk Hessen

Die im Bezirk Hessen bereits zur Tradition gewordene zweitägige Arbeitstagung des erweiterten Bezirksvorstandes fand dieses Jahr am 6. und 7. April in Krofdorf – Gleiberg (bei Gießen) statt. Zu dieser Tagung konnte der Bezirksvorsitzende die Mitglieder des Bezirksvorstandes und die Vorsitzenden der Ortsvereinigungen begrüßen.

Nach der Genehmigung der Tagesordnung und den Protokollen vorangegangener Sitzungen berichtete der Bezirksvorsitzende, Helmut Befort, aus der Geschäftsführung des Bezirksvorstandes.

Die wichtigsten Themen seines Vortrages waren u. a.:

- Rückblick auf die geleistete Arbeit
- Einheitliche Grundsatzvorstellungen der VDFP
- Vorbereitung von Themen bzw. Anträgen für das Bezirksvorständetreffen in Resch/Ahrtal vom 28. - 30. Juni 1984.
- Ausbildung bzw. Fortbildung im BfT-Dienst
- Antwortschreiben des BPM zum 9-Punkte-Forderungskatalog der VDFP.

Die Antwort des BPM war nach Meinung der Tagungsteilnehmer nicht befriedigend und löste eine rege Diskussion aus. Die Bezirksvereinigung Hessen wird dem Bundesvorstand eine Stellungnahme zum BPM-Schreiben vorlegen und darin weitere Aktionen gegenüber dem BPM empfehlen.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt waren die Berichte aus den Ortsvereinigungen. Verstärkte Mitgliederwerbung, sowie umfangreichere Information aller BfT-Kollegen wurden von den Tagungsteilnehmern befürwortet.

Der beim Bezirk Hessen praktizierte jährliche Wechsel zwischen Bezirksdelegiertentag und Ortsvorständetreffen

wurde von den Tagungsteilnehmern positiv bewertet. Zum Bezirksdelegiertentag in Hessen am 13. September 1984 wurde angeregt, einen OPD-Referenten einzuladen, der die Vorstellungen der OPD zum Thema "Neues Ausbildungskonzept" darlegt.

Bezirk Hamburg

Die BzV Hamburg hat eine neue Postfachnummer. Sie lautet:

Postfach 30 55 31, 2000 Hamburg 36

Wir bitten um Beachtung und Änderung der entsprechenden Unterlagen.

Hannover-Messe 1984

TELEBOX – ein neuer Dienst der Deutschen Bundespost

Die Beobachtung der Marktentwicklung in anderen Ländern zeigt eine wachsende Vielfalt an Bürokommunikationssystemen. In Deutschland schloß die DBP mit der Einrichtung TELEBOX eine Nische in der Textkommunikation. Standard Elektrik Lorenz (SEL) lieferte und installierte das erste System dieser Art in Mannheim. Auf der Hannover Messe wurde die Funktion des Dienstes, international auch als "Electronic Mail" bezeichnet, bei SEL gezeigt.

Mit einem Datensichtgerät, das über ein Modem an das Telefonnetz angeschlossen ist und die Verbindung zum Rechner in Mannheim herstellt, wird der Zugriff zu einer oder mehreren Teleboxen vorgeführt. Ein ebenfalls angeschlossener Drucker bringt elektronisch gespeicherte Informationen, die in Mannheim abgerufen werden, zu Papier.

Das in Mannheim installierte System basiert auf dem Mail-System der Firma ITT Dialcom, die in den USA damit Marktführer ist und Systeme in Kanada, Holland, Großbritannien, Singapur und Hongkong unterhält. Der mögliche internationale Verkehr ist ein wesentliches Systemmerkmal des Dienstes (Standardisierung der "message handling"-Systeme durch das CCITT sind im Gange). In der ersten Ausbaustufe stellt die DBP 1.000 Teleboxen bereit, die Speicherkapazität ist in sinnvollem Rahmen unbegrenzt. Eine Erweiterung auf 3.000 Teleboxen ist vorgesehen.

Der Zentralrechner ist doppelt ausgelegt, d. h. im Störfall wird vom Rechner 1 auf den Rechner 2 umgeschaltet. Vorgeschaltet sind 56 Kommunikationsslots und ein 4 MByte Hauptspeicher, die in die Umschaltung einbezogen sind.

Als Massenspeicher finden Winchester-Plattenlaufwerke mit 600 MByte Kapazität Verwendung. Die Daten auf den Hintergrundspeichern werden parallel auf zwei Platten geschrieben (mirrored disk), so daß auch bei Ausfall eines Laufwerkes eine aktuelle Kopie verfügbar ist.

Der Zugriff erfolgt nicht nur über das Telefonwählnetz mittels Modem, sondern auch über das Datex-L- und Datex-P-Netz.

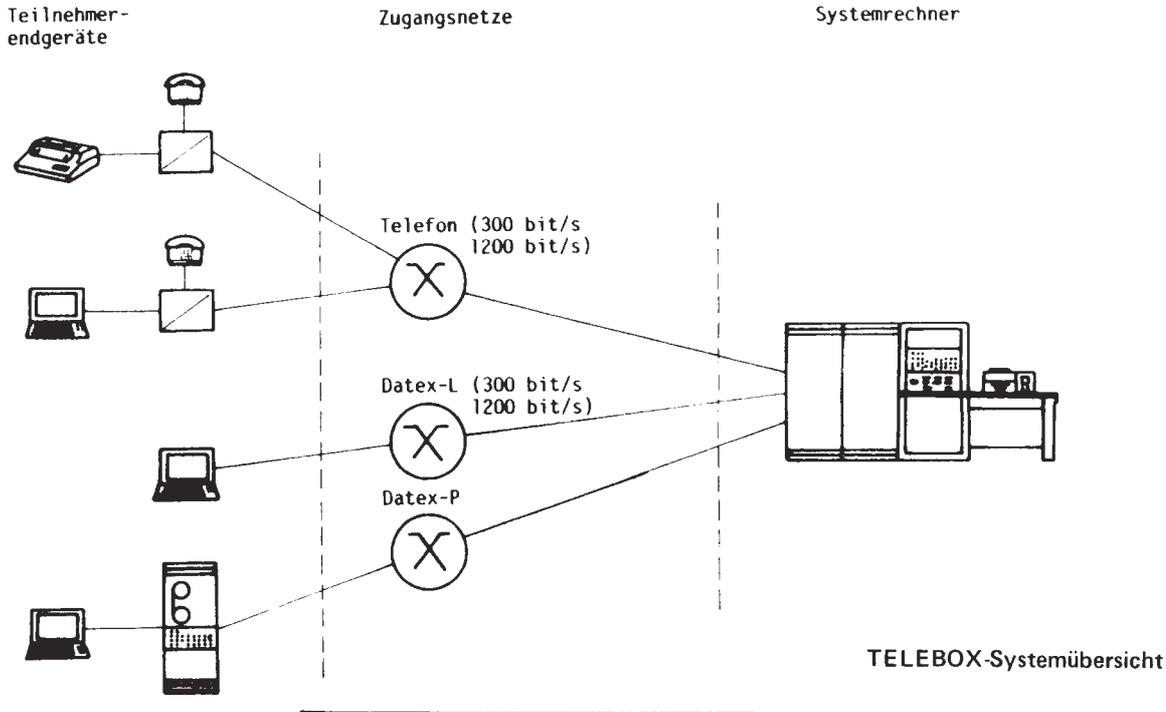
Die Teilnehmer müssen über geeignete Endgeräte verfügen, vorzugsweise über ein Datensichtgerät oder ein druckendes Datenendgerät, z. B. Fernschreiber; aber auch Büro- oder Heimcomputer und für mobilen Einsatz tragbare Terminals (mit Akustikkoppler) eröffnen die Möglichkeit der neuen Kommunikation.

“An den Gebrauch eines solchen Werkzeuges muß man sich natürlich gewöhnen. Die Vorteile, die man am Informationsfluß gewinnen kann, sprechen für sich selbst. Schon bald wird man sich diese Dienstleistung vorführen lassen können. Bis Ende des Jahres wird der Dienst voraussichtlich bereitstehen“ – Zitat einer Presseinformation der DBP.

SEL 19/84

Eifert Druck und Verlag GmbH · Postfach 2233 · 7768 Stockach 1

Anschrift:



DIANA erschließt dem Personal-Computer das gesamte Fernsprechnet

DIANA (Datentelefon mit Integrierter Analog-Netz-Anschaltung) ist ein Fernsprechapparat mit integriertem Modem und eigenem Mikroprozessor. Für interne Kommunikation steht der Modem von TN zur Verfügung; er erfüllt die CCITT-Empfehlungen V.21 bzw. V.23 und ist mit den entsprechenden Modems der DBP kompatibel. Der TN-Modem kann auf 300 bps oder 1200/75 Übertragungsgeschwindigkeit umgeschaltet werden. Für den Zugang zum öffentlichen Fernsprechnet wird ein posteigener Einbaumodem verwendet.

DIANA gibt es in zwei Varianten: DIANA I mit manuellem Verbindungsaufbau eignet sich immer dann, wenn nur wenige Male am Tag Daten übermittelt werden sollen, beispielsweise für Bestellwesen und Lagerverwaltung. Wo hingegen häufig Daten zu oder von verschiedenen Stellen zu übermitteln sind, wird DIANA II mit vollautomatischem Verbindungsaufbau eingesetzt. Hier entlastet der eingebaute Mikroprozessor in Zusammenarbeit mit dem Personal-

Computer den Bediener von allen Routineeingaben. DIANA II kommt dort zur Anwendung, wo dezentral anfallende Daten an eine Zentrale zu übermitteln sind, wie z. B. bei der Anzeigenannahme einer Tageszeitung. Darüber hinaus bietet DIANA in Verbindung mit PC vielfältige Anwendungen. So kann der Benutzer gewünschte Rufnummern aus seinem persönlichen elektronischen Telefonbuch suchen und automatisch wählen lassen. Per elektronischer Hauspost kann er kurze Notizen senden und empfangen. Weitere Anwendungen sind: Datenbankzugriff, Fernverwaltung von Anlagen u. a.

Gleichzeitig Telefonieren und Datenübertragen

DIANA II ist ein Zweiwegeapparat. Auf der einen Leitung kann nur telefoniert, auf der anderen Leitung dagegen telefoniert oder Datenübertragung abgewickelt werden. Während einer Datenübertragung ist der Benutzer über die zweite Leitung immer erreichbar. Der gesamte Aufbau einer Datenverbindung einschließlich der Einstellung der Modembetriebsart und dem Austausch der Kennungen läuft automatisch ab.

T & N F 8214 / 3.84

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 21. 05. 1984

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. – Der Bundesvorstand – Postfach 4524, 6000 Frankfurt/Main 1
 Verlag: Eifert Druck und Verlag GmbH, Postfach 2233, 7768 Stockach 1
 Bezugspreis: DM 1,60 – für die Mitglieder durch den Beitrag abgegolten Die Zeitung erscheint vierteljährlich.
 Verantwortliche Redakteure:
 F. J. Hermkes, 4040 Neuss 1, Tel.: (02101) 35550; Waldemar Hörle, 6000 Frankfurt, Tel.: privat (0611) 571655, dienstlich (06196) 4782751; Werner Zok, 5600 Wuppertal 1, Tel.: privat (0202) 442609, dienstlich (0211) 4490751; Kurt Wetzlar, 6000 Frankfurt, Tel.: (0611) 7382860, Mo. u. Mi. bis Fr., von 9.00 bis 10.00 Uhr. Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP oder der Redaktion dar.



Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Nr. 3 / 1984

19. Jahrgang

Arbeitstagung der Bezirksvorstände in Rech a.d. Ahr

Seite 2

**Einführung
DIV bei
der DBP**

Seite 3

**Abbau des
überhöhten
Stellenpuffers
durch das BPM**

Seite 3

**Aufstieg zur
besonderen
Verwendung bleibt
erschwert**

Seite 4

**Bundespost
verdreifacht
Breitbandverteil-
netze**

Seite 4

**Verdienstmedaille
des Verdienstordens
für unseren Kollegen
Rudi Klein**

Seite 5

**Aus den
Bezirken**

Seite 6

**Aus den
Arbeitskreisen**

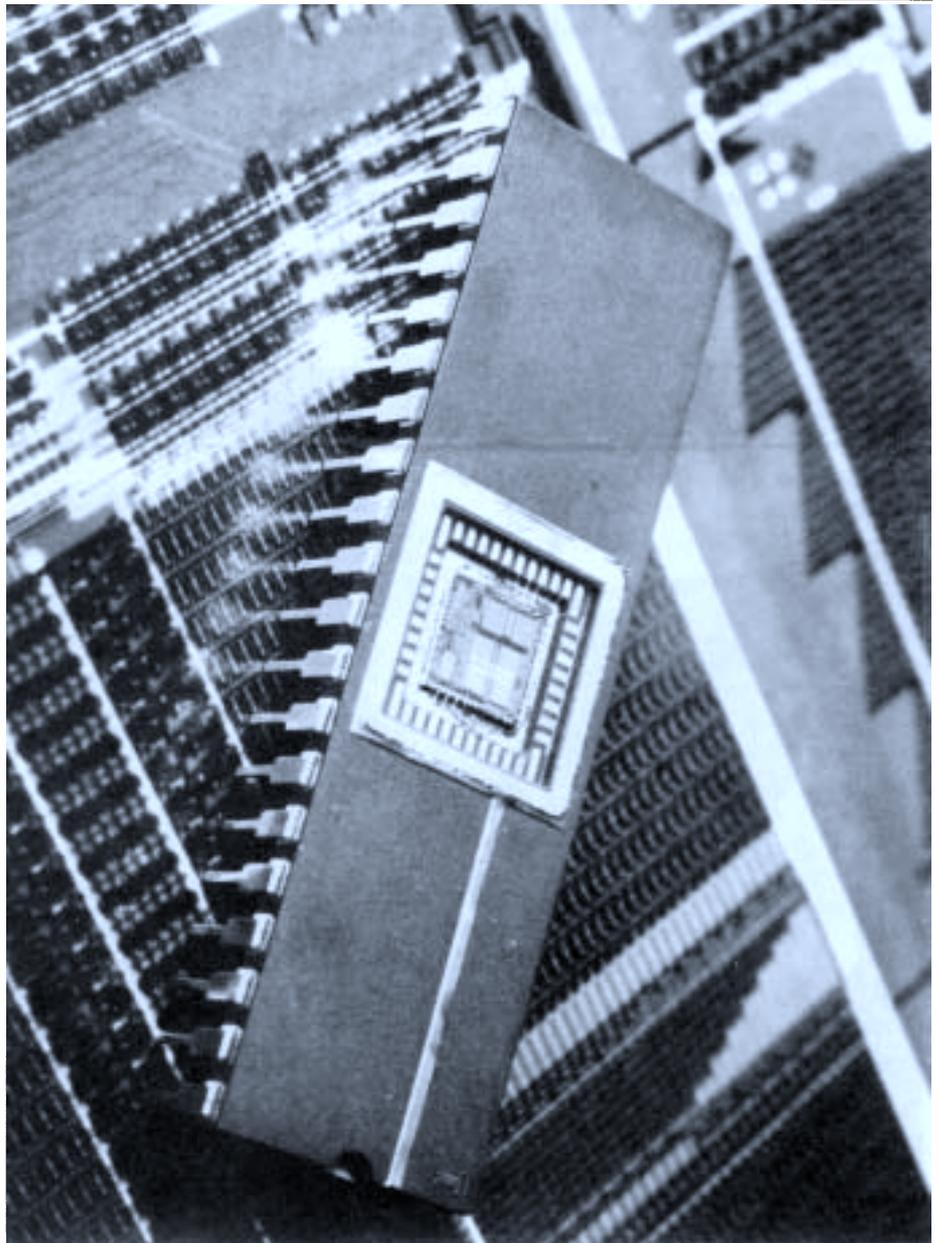
Seite 6

**Was ist das
eigentlich ?**

Seite 7

Leserbrief

Seite 8



Siemens-Pressesbild

Für die digitale Übertragungstechnik der Pulscode-Modulation stellt Siemens jetzt einen Koppelfeld-Baustein vor, der für PCM-Systeme mit 2,048 MHz angelegt ist: Die NMOS-Schaltung PEB 2040 (SM 233) ermöglicht die digitale Vermittlung von Sprache oder Daten von bis zu 512 Teilnehmern. Mit diesem Baustein lassen sich der Platzbedarf, die Verlustleistung und die Kosten erheblich reduzieren.

Arbeitstagung der Bezirksvorstände in Rech a.d. Ahr

Die 1984er Arbeitstagung der Bezirksvorstände der VDFP stand schwerpunktmäßig unter dem Thema "Einführung der digitalen Fernmeldeübertragungssysteme". Die Praktiker der Fernmeldetechnik setzten sich dabei mit der Digitalisierung der Fernmeldetechnik und ihren Berufserwartungen auseinander. Für die Oberpostdirektion Koblenz nahm am Eröffnungstag deren Präsident, Herr Dr. Laue, und der Unterabteilungsleiter 2a, Herr Glück, an dem Gespräch mit der VDFP teil. Nach Ansicht von Herrn Dr. Laue sei die OPD im Fernmeldewesen durch deren Ausbau in einer Hochkonjunktur. Hierdurch werde von allen Mitarbeitern viel verlangt und er bedanke sich für ihre hervorragenden Leistungen. Die OPD Koblenz, so Herr Dr. Laue, habe in der Bundesrepublik noch das dichteste Fernmeldenetz, wobei einzelne Dienste durch neue Techniken ersetzt werden. Weiterhin führte er aus, daß die OPD Koblenz alle Anstrengungen unternehme, die ausgebildeten Fernmeldehandwerker in ein Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen.

Der Vorsitzende des gastgebenden Bezirks Rheinland, Andreas Damian, zeigte kein Verständnis dafür, daß bei den erhöhten Anforderungen durch die neuen Techniken, grundsätzlich eine Verschlechterung der Berufserwartung

und der Bewertung eintritt. "Sieht man hierzu noch die angekündigte Nullrunde und die bereits politisch abverlangten Sonderopfer, so stehen diese im krassen Gegensatz zum Leistungsgedanken." Er wehrte sich dagegen, "daß bei zunehmender Kritik an der Unternehmensführung, zur Sache der Medienpolitik und der Vollverkabelung einfache Mitarbeiter zur Rechenschaft gezogen werden."

In einem Fachvortrag des Koll. Rudolf Ladewig wurde die Organisation von digital integrierten Fernsprechvermittlungssystemen (ab 1985 in der Wirkphase eingeführt und betrieben) behandelt und die Leistungsmerkmale der dort arbeitenden Techniker aufgezeigt. Diese dehnen sich auch auf die Arbeitsabläufe und Tätigkeitszuordnungen im Text- und Datenbereich aus. Für die sich verändernden technischen Voraussetzungen in den jeweiligen Fachrichtungen ist das Prüfungsverfahren für den mittleren technischen Dienst so abzuändern, daß die wissensmäßige Abdeckung aller Fachbereiche erzielt wird.

Der VDFP-Bundesvorsitzende Karl Fischer wies auf die Benachteiligung der Beamten im mittleren technischen Dienst gegenüber den Tarifkräften hin. Diese Überlegungen sind bisher an der politischen Durchsetzung gescheitert.



Foto: A. Fontaine

Einführung digitaler Vermittlungstechnik (DIV) bei der DBP

Kurzreferat der VDFP Arbeitsgruppe DIV (Auszug)

Mit dem EWSF-Entwicklungsstop im Jahre 1979 entschied die DBP gleichzeitig die Abkehr von der Einheitstechnik und befürwortete eine schnelle Weiterentwicklung zur digitalen Vermittlungstechnik.

Durch erstmalig eingeführte Präsentationsverfahren konnten Anbieter von Vermittlungssystemen der DBP ihre Erzeugnisse präsentieren.

Die DBP bewertete in einer 1-jährigen Präsentationsphase die gesammelten Ergebnisse über die neuen digitalen Vermittlungssysteme.

Im Oktober 1983 traf Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling die Systemscheidung zur Einführung der digitalen Vermittlungssysteme

EWSD der Firma Siemens und dem System 12 der Firma Standard Elektrik Lorenz (SEL) bei der DBP.

Ziele / Vorgaben für ein digitales Fernsprechnetz bei der DBP

Es ist ein Unternehmensziel der DBP, einen beschleunigten DIV-Einsatz unter folgenden Vorgaben durchzuführen:

Beschaffungsbeginn: DIV-Ferntechnik Ende 1984
DIV-Ortstechnik Anfang 1985

Einführungsreihenfolge: DIV-Ferntechnik vor DIV-Ortstechnik

Beschaffungsübergang:

- Ablösung der EMD-Lieferungen in ca. 5 Jahren
- Ab 1990 nur noch Beschaffung von digitalen Vermittlungssystemen
- Ablösung des analogen durch ein voll digitalisiertes Fernsprechnetz im Jahre 2020

Einsatz konkurrierender Vermittlungssysteme ist vorgesehen, d. h. bis zu zwei unterschiedlichen Systemen für Orts- und Ferntechnik ist zulässig.

Betriebliche Vorstellungen zum Betreiben von S P C - Systemen

SPC = Storage Program Control = Programmgesteuerte Speicher Systeme

Allgemein:

Nach einer gewissen Stabilisierungsphase erreichen SPC-Systeme ein geringes Fehlerverhalten.

Systeminterne Diagnoseverfahren erlauben den größten Anteil der Fehler (ca. 95 v.H.) durch Einheitentausch (z. B. Baugruppe) zu beseitigen.

Komplexere Fehler werden von geringerer Vorkommenshäufigkeit sein.

Dies bedeutet: "Spezialwissen" kann vor Ort nicht gehalten werden.

Daraus resultiert ein Mehrebenenkonzept für das Betreiben von SPV-Systemen.

Voraussetzungen:

Das Betreiben digitaler Vermittlungssysteme wird ablauforganisatorisch in Bedien- und Instandhaltungsfunktionen getrennt.

Bedienen und Instandhalten (unabhängig wieviel Systeme) wird von Kräften der DBP durchgeführt.

Instandhalten erfolgt in zwei Ebenen, wobei die Anforderungen an das Personal in den einzelnen Ebenen unterschiedlich ist.

Der Betrieb von digitalisierten VStn wird möglichst zentral durchgeführt.

Die Ausbesserung von gestörten Hardwareeinheiten erfolgt zentral in Instandsetzungswerkstätten der DBP.

Betriebskonzept DIV

Wie oben ausgeführt erfolgt das Instandhalten digitaler Vermittlungssysteme im Zwei-Ebenen-Modell:

Erste Instandhaltungsebene = R B L (**R**egionale **B**etriebs **L**enkung)

RBL soll möglichst in jedem Fernmeldeamt eingerichtet werden. (In der Einführungsphase nur bei speziell ausgewiesenen Fernmeldeämtern.)

Zweite Instandhaltungsebene = Z I (**Z**entrale **I**nstandhaltung)

ZI wird nur an wenigen Orten in der Bundesrepublik eingerichtet.

Aufgaben der Instandhaltungsebenen

RBL: Ausführen fast sämtlicher Tätigkeiten, die zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit einer VSt dienen.

Zuständig für alle Vermittlungssysteme

ZI: Unterstützen der Betriebskräfte RBL bei der Beseitigung von schwierigen Störungen.

Durchführen der praktischen Fortbildung (an Referenzanlagen) von DBP-Kräften.

Zuständig für ein Vermittlungssystem.

Aufgabenträger

Mindestzahlen der zur Aufgabenerledigung erforderlichen Arbeitsposten. (In der Einführungsphase Personalbestand durch "Setzung" bestimmt.)

RBL: 4 BFt-Kräfte
1 BF-Kraft

ZI: 5 CFt-Kräfte
3 BFt-Kräfte
1 BF-Kraft

Abbau des überhöhten Stellenpuffers durch das BPM

Der VDFP-Bundesvorstand hat das BPM nach Bekanntwerden der beabsichtigten Maßnahme zum Abbau des überhöhten Stellenpuffers um eine Stellungnahme gebeten. In diesem Zusammenhang hat uns das BPM mitgeteilt:

"Bei der DBP sind seit einiger Zeit von der BesGr A 8 an aufwärts überhöhte Stellenpuffer und lange, z. T. überlange Wartezeiten vorhanden.

Ursachen hierfür sind u. a.

- nicht ausgeschöpfte Stellenobergrenzen,
- Planstellen-Zuwächse – auch aufgrund neuer Aufgaben – grundsätzlich nur im Eingangsamt zugestanden,
- Einräumen eines Vorranges der sachgerechten Bewertung vor haushaltsseitigen Begrenzungen (§ 18 vor § 26 BBesG),
- ungünstige Altersstruktur mit derzeit geringen Planstellen-Rückflüssen.

Die überlangen Wartezeiten sind unerwünscht, denn sie führen zur Unzufriedenheit und z. T. auch zur Demotivation der betroffenen Beamten.

Bereits vor längerer Zeit hat die DBP Maßnahmen eingeleitet, die Wartezeiten im Stellenpuffer (vereinfacht: Unterschied zwischen der Zahl an Planstellen und Zahl an Dp der gleichen BesGr) zu verkürzen. Nachdem nun auch Bundesrechnungshof, Rechnungsprüfungsausschuß und Haushaltsausschuß des Bundestages die überhöhten Puffer kritisierten, ist der Bundestag am 30. 09. 83 einer Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses gefolgt und hat den Bundespostminister beauftragt, den Stellenpuffer nach und nach abzubauen.

Grundsätzlich bieten sich nur zwei Wege zum Pufferabbau an, nämlich

- die Zahl der Planstellen für Beförderungssämter zu erhöhen und/oder
- Bewertungen in Beförderungssämtern abzusenken.

Die Deutsche Bundespost hat nichts unversucht gelassen, den Pufferabbau über den Stellenplan zu erwirken. Aufgrund der allgemeinen Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte war es aber nicht möglich, eine entsprechende Entlastung zu erreichen.

In den Fachreferaten meines Hauses werden derzeit entsprechende Regelungen, die sowohl personelle wie auch betriebliche Belange berücksichtigen, nach Maßgabe sachgerechter Bewertung erarbeitet; die Grundsätze sind bereits mit den OPDn, den Gewerkschaften und den Personalvertretungen erörtert worden.

Obwohl die beabsichtigten Maßnahmen zum Anpassen der Arbeitsbewertung an den Stellenplan in einigen Besoldungsgruppen zu drastischen Eingriffen führen werden, bleibt festzuhalten, daß sich die durchschnittlichen Beförderungserwartungen dadurch **nicht** – wie vielfach befürchtet – verschlechtern werden. Die Zahl der Planstellen, die letztlich Beförderungen ermöglicht, hat sich in den letzten Jahren nicht nur nicht verringert, sondern noch erhöht. Von einem Sonderopfer, wie von Ihnen angemerkt, kann somit keine Rede sein. Mit den Planstellen-Zuwächsen konnte u. a. die Attraktivität des Beamtenverhältnisses im mittleren Dienst erhöht und der Einführung neuer Dienste/Technologien weitgehend Rechnung getragen werden.

Trotz der o. a. Maßnahmen wird sich die DBP nach wie vor für eine Verbesserung der Berufserwartungen der Postbeamten einsetzen und versuchen, die überhöhten Stellenpuffer daneben auch über die Etatisierung zusätzlicher Planstellen nach und nach abzubauen.“

Aufstieg zur besonderen Verwendung bleibt erschwert

Die VDFP hatte sich dafür eingesetzt, die Altersgrenze von 50 Jahren für den Aufstieg zur besonderen Verwendung herabzusetzen.

Der Bundespersonalausschuß sowie das Bundesinnenministerium sehen derzeit keine sachlichen Gründe, die eine generelle Herabsetzung der genannten Mindestaltersgrenze und die dazu erforderliche Rechtsänderung rechtfertigen könnten.

Der Bundespersonalausschuß vertritt in Übereinstimmung mit dem Sinngehalt der Vorschriften über den Verwendungsaufstieg (§§ 23, 29 Bundeslaufbahnverordnung) die Meinung, daß nicht durch großzügige Handhabung dieser Regelungen (Herabsetzung des Mindestalters) der Verwendungsaufstieg den Regelaufstieg aushöhlen dürfe. Daraus ist zu folgern, daß er allgemeinen Ausnahmen vom Mindestalter nicht zulassen und er bei Einzelfallanträgen einen äußerst strengen Maßstab anlegen wird.

BPM-Pressemitteilung

Bundespost verdreifacht Breitbandverteilnetze bis 1986

Mit 1,8 Millionen hatten am Jahresende 1983 rund 7 % der bundesdeutschen Haushalte die Möglichkeit, Radio- und Fernsehprogramme über Breitbandverteilnetze zu empfangen. Mehr als ein Drittel, nämlich 605 000 Haushalte, nutzten bereits diese Empfangsmöglichkeit. Bis zum Ende dieses Jahres rechnet die Deutsche Bundespost mit einer Verdoppelung des Versorgungsgrades, bis Ende 1986 mit einer Verdreifachung, so daß dann 5,5 Millionen Haushalte die Vorteile der Breitbandverkabelung nutzen könnten. Neben dem Empfang der ortsüblichen Programme mit bester Qualität zählen dazu die Zuführung der 3. Fernsehprogramme anderer Bereiche über das Richtfunkverteilnetz der Post und die Einspeisung der von Satelliten abgestrahlten Fernseh- und Radioprogramme. Dazu baut die Bundespost in den beiden kommenden Jahren ihr Richtfunkverteilnetz verstärkt aus und errichtet rund 70 Satelliten-Erdempfangsstationen. Die endgültige Entscheidung über die Standorte dieser Empfangsstationen ist noch abhängig von der Regelung der Bundesländer über die Einspeisung in die Breitbandverteilnetze.

Stand und Entwicklung der über Breitband-Verteilnetze versorgten Teilnehmer

Bundesland	versorgte Wohnungseinheiten		Zuwachs gegenüber dem Vorjahr (%)
	31.12.83	31.12.84	
Baden-Württemberg	216.000	478.000	121
Bayern	210.000	420.000	100
Berlin	498.000	608.000	22
Bremen	37.000	70.000	89
Hamburg	52.000	74.000	42
Hessen	98.000	185.000	89
Niedersachsen	177.000	350.000	98
Nordrhein-Westfalen	306.000	631.000	106
Rheinland Pfalz	110.000	252.000	129
Saarland	14.000	30.000	114
Schleswig-Holstein	55.000	115.000	109

Verleihung der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an den Ehrenschriftführer des VDFP Bundesvorstandes Rudolf Klein

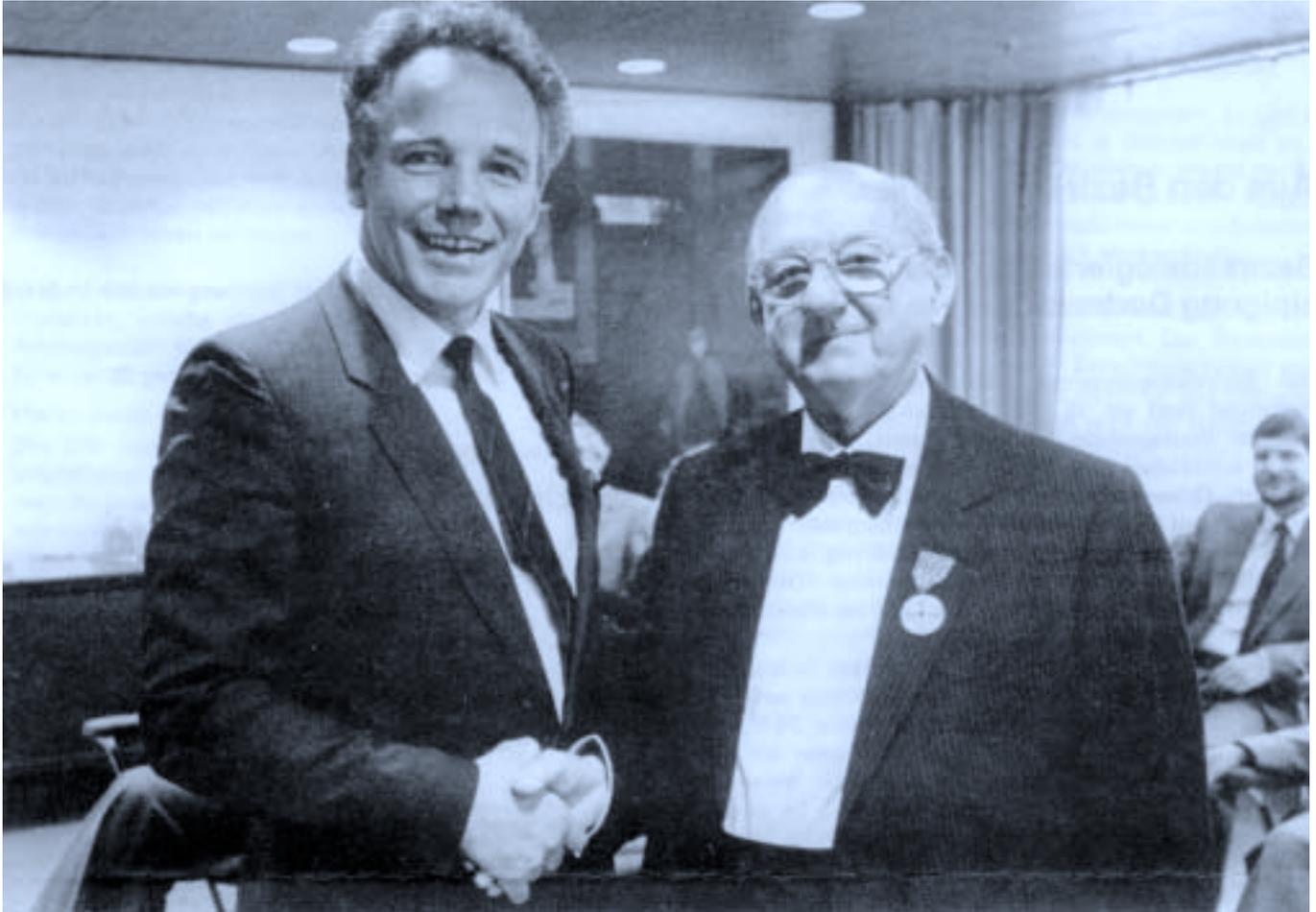


Foto: Roman Größer

Am 03. 05. 1984 wurde unserem Kollegen Rudolf Klein vom Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt, Dr. Metzger, die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland im neuen Rathaus überreicht.

Rudolf Klein (82) wurde diese Ehrung für seine Verdienste, die er sich für seine langjährige Tätigkeit für unsere Vereinigung erworben hat, zuteil.

Neben dem Bundespostminister übermittelten der Hessische Ministerpräsident, die Präsidenten des Fernmeldetechnischen Zentralamtes und der Oberpostdirektion Frankfurt sowie der Bundestagsabgeordnete Pfeffermann ihre herzlichen Glückwünsche.

Im Verlaufe seines gewiß ereignisreichen Berufslebens waren nachstehend aufgeführte Daten die wohl markantesten:

- 03. 02. 1921 beim Telegraphenamts Danzig als Mechaniker in den Dienst der Post- und Telegraphenverwaltung der Freien- und Hansestadt Danzig eingetreten;
- 10. 10. 1922 bis
- 10. 06. 1924 beurlaubt zur weiteren Fort- und Ausbildung bei den Firmen Siemens & Halske und Frankfurter Telefongesellschaft;
- 10. 12. 1929 Prüfung für den mittleren technischen Dienst abgelegt;

- 01. 04. 1930 Übernahme in das Beamtenverhältnis als Telegraphenmechaniker,
- 01. 12. 1935 planmäßige Anstellung als Telegraphenwerkführer;
- 01. 05. 1937 Beförderung zum Telegraphenwerkmeister;
- 01. 02. 1940 Beförderung zum Telegraphenoberwerkmeister;
- 01. 10. 1944 zum Kriegsdienst eingezogen;
- 20. 12. 1945 Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft;
- 27. 12. 1945 Wiedereinstellung beim Fernsprechamt Braunschweig;
- 01. 12. 1956 Versetzung zum FTZ Darmstadt als technischer Mitarbeiter beim Referat für Planung und Aufbau von Telegrafvermittlungen, Bildtelegrafie, Verzonungstechnik und Sondernetzen;
- 01. 01. 1959 Beförderung zum Technischen Fernmeldehauptsekretär, damalige Spitzenstellung der BFT-Laufbahn;
- 01. 03. 1967 Versetzung in den wohlverdienten Ruhestand

Wir hoffen, daß er dem Bundesvorstand und dem Arbeitskreis Redaktion noch sehr lange erhalten bleibt.

Unserem Kollegen Rudolf Klein wünschen wir für seinen weiteren Lebensweg alles Gute!

Personelles

Am 07. 07. 1984 ist der langjährige Redakteur Franz-Josef Hermkes aus der Redaktion VDFP-Nachrichten aus beruf-

lichen Gründen ausgeschieden. Wir wünschen ihm für seinen weiteren Berufs- und Lebensweg alles Gute.

Bundesvorstand und Redaktion

Aus den Bezirken:

Bezirksdelegiertentag der Bezirksvereinigung Dortmund

Der Bezirksdelegiertentag 1984 der Bezirksvereinigung Dortmund fand am 15. Mai 1984 im Veranstaltungszentrum der Westfalenhalle in Dortmund statt.

Neben zahlreichen Ehrengästen nahmen über 60 Delegierte aus den Ortsvereinigungen Bochum, Dortmund, Hagen, Meschede und Siegen an dieser Veranstaltung teil.

Das Hauptreferat hielt Postdirektor Dipl.-Ing. Karl Heinz Rosenbrock aus dem BPM über das Thema "Die neuen öffentlichen Netze und Dienste der DBP im Hinblick auf ISDN."

In seinem 90minütigen Vortrag erläuterte Herr Rosenbrock den Gästen und Delegierten, was unter ISDN zu verstehen ist und welche technischen Möglichkeiten die DBP ihren Kunden durch ISDN anbieten kann. Man kann auf eine kurze Formel gebracht sagen, daß ISDN die Weiterentwicklung des digitalen Fernsprechnetzes ist. Es erlaubt den Anschluß vielfältiger Endgeräte über genormte Schnittstellen. Die Teilnehmeranschlußleitung ist digitalisiert und bietet über die vorhandenen Kupferdoppeladern 2 Nutzkanäle mit je 64 kbit/s und einen Steuerkanal mit 16 kbit/s zur Übertragung von Zeichen an. Für die DBP bedeutet die Dienstintegration im ISDN, daß die bestehende Netzvielfalt zum Teil aufgegeben werden kann und der Übergang zum IBFN, dem integrierten breitbandigen Fernmeldenetz möglich ist.

Am Nachmittag des Bezirksdelegiertentages standen der Geschäftsbericht und die Neuwahl des Bezirksvorstandes für die nächsten 2 Jahre auf der Tagesordnung. Der neu gewählte geschäftsführende Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

1. Vorsitzender Franz Roschkowski, FA 2 - Dortmund, Am-V

stellvertretender

Vorsitzender Rolf Klug, FA Hagen, FeV

stellvertretender

Vorsitzender Winfried Thiel, FA Bochum, BF

1. Schriftführer Uwe Andreß, FA 2 Dortmund, FeV

1. Kassierer Roland Kaiser, FA 2 Dortmund, FeV

Außerdem wurden 7 Delegierte für den Bundesdelegiertentag 1984 in Frankfurt gewählt.

Bezirk Hamburg

Die Postfachnummer der BzV Hamburg hat sich im Mai 84 erneut geändert. Sie lautet:

Postfach 33 55 81, 2000 Hamburg 36

Bezirk Bremen

Die Postfachnummer der BzV Bremen ist wie folgt zu ändern:

Postfach 21 02 13, 2800 Bremen 21

Wir bitten um Beachtung und Änderung Ihrer Unterlagen.

Aus den Arbeitskreisen:

Bemessungsbereich BBz 442

Kollege Hans Maier, Beisitzer im Bundesvorstand und Koordinator für den Bem. Ber. 442 arrangierte das Zusammenreffen einiger Fachkollegen aus verschiedenen Baubezirken.

Am 06. 04. 1984 fand in Schwäbisch Gmünd eine Arbeitssitzung der Arbeitsgruppe BBz mit folgenden Kollegen statt:

Fritz Brenner, BBz 23 Albstadt, Tel. 07431/13-272

Dieter Bauer, BBz 22 Heilbronn, Tel. 07131/888-6332

Karl Bremer, BBz 23 Schwäbisch Gmünd, Tel. 07171/604-211

Reinhard Messerschmidt, BBz 23 Öhringen, Tel. 07941/65-364

Es wurden dabei folgende Schwerpunkte behandelt:

1. Fehlerquellen in der OrgRichtl 442 BBz
2. Verschiedene Arbeitsweisen der BBz
3. Neubemessung der Personalposten für Bk
4. Auswirkungen und Neuerungen bei zukünftigem Einsatz von Bildschirm- und Datenverarbeitungsplätzen im BBz.

Rationalisierung und Bewertungsveränderungen!

Anregungen und Anfragen zur obenstehenden Problematik bitte schriftlich an die Mitglieder der Arbeitsgruppe BBz 442.

Was ist das eigentlich – Bemessung und Bewertung ?

(1)

Ein jeder sitzt bei uns auf einem Arbeitsposten (früher Dienstposten). Dieser Arbeitsposten hat eine bestimmte Wertigkeit, das heißt, es ist ein Arbeitsposten A5/6, A9, A12, je nachdem. Wie kommen nun Arbeitsposten und dieses „je nachdem“ zustande? Wir werden in zwangloser Folge diesen Themenkreis etwas beleuchten. Denn: Wer mitreden will, etwa beim Aufstellen des ApN (Arbeitspostennachweis), der muß auch mitreden können. Und wir sollten da schon mitreden wollen; es geht schließlich um die Posten, auf denen wir sitzen.

Unter Personalbemessung versteht man die Grundsätze und Verfahren, welche angewendet werden, um die Zahl der Arbeitsposten festzustellen, die zur Bewältigung der anfallenden Arbeitsmenge erforderlich sind.

Hierzu gleich einige Grundsätze:

Die DBP kann auf Grund der Besoldungsgesetze und des öffentlichen Tarifrechts bei der wirtschaftlichen Gestaltung ihres Personaleinsatzes nicht die individuelle Leistungsfähigkeit jeder einzelnen Arbeitskraft ausnützen.

Im Privatbetrieb ist eine individuell abgestimmte Vergütung ohne weiteres möglich, ein zusätzlicher Ansporn zur Leistungssteigerung kann durch Prämien, Zuschläge, Gewinnbeteiligung etc. individuell gegeben werden. Die Grundlage der Bemessung und Bewertung der DBP dagegen muß auf die generelle Leistungsfähigkeit, die als Durchschnitts- oder Normalleistung für alle Arbeitskräfte unterstellt wird, abgestimmt werden.

Ja, so ist das eben – alle reden von Leistung, aber jeder meint etwas anderes damit. Ein bißchen Werbung macht aus einer Verwaltung noch keinen Wirtschaftsbetrieb. Aber weiter: Zur Festsetzung des Personalbedarfs werden zwei verschiedene Methoden angewandt:

Die Globalbemessung.

Im Rahmen der im Haushaltvoranschlag bereitgestellten Mittel wird errechnet, wieviele Dienstkräfte insgesamt bei allen Dienststellen eines OPD-Bezirktes beschäftigt werden dürfen. Diese Personalhöchstzahl der OPD darf im Jahresdurchschnitt bis zur Neufestsetzung nicht überschritten werden. Daraus wird die von jedem Amt einzuhaltende Amtspersonalhöchstzahl berechnet.

Die Einzelbemessung (auch Personalbedarfsberechnung).

Hier wird aus der anfallenden Arbeitsmenge ermittelt, wieviele Kräfte zu deren Abwicklung notwendig sind. Zur Vereinfachung und Vereinheitlichung des Verfahrens werden dabei festbegrenzte Tätigkeitsgebiete, die Bemessungsbereiche, gebildet, die in der Regel die Tätigkeiten einer Dienststelle umfassen.

Während früher das Bemessungskriterium die Beobachtung (der Tätigkeiten) war, wurde 1962 ein neugestaltetes, einheitliches Bemessungsverfahren eingeführt, in das nach und nach sämtliche Tätigkeiten in allen Bemessungsbereichen einbezogen werden sollen – ein Prozeß, der auch heute noch nicht abgeschlossen ist. Kernpunkt: Nicht die Beobachtung, sondern die Berechnung des Personalbedarfs wird in den Mittelpunkt gestellt. Hierdurch tritt zweifellos eine gewisse Versachlichung ein, gleichzeitig auch eine Vergleichbarkeit, die regionale Mentalitätsunterschiede nicht mehr gelten läßt.

Der Bedarf an Arbeitsposten wird errechnet aus der vorhandenen Arbeitsmenge, die für jeden Bemessungsbereich mit Hilfe von Bezugseinheiten ermittelt wird.

Die Bezugseinheit (BzE) ist ein Objekt (Bestandseinheit, z. B. ein Gerät, eine Leitung, ein Anschluß etc.), das zur Erhaltung seiner Funktion eine bestimmte Zeit lang „bearbeitet“ werden muß (z. B. entstört, gewartet etc.). Die Bezugseinheit kann aber auch eine Verkehrseinheit sein (z. B. 1000 neu hergestellte Anschlüsse). Dieser Zeitbedarf wird in Zeiteinheiten (ZE – 1 ZE = 1/100 Std.) angegeben.

Aus diesen BzE resultiert der Bemessungswert. Er gibt den Zeitbedarf in Stunden pro Woche je Bezugseinheit an. Er umfaßt den Zeitbedarf für alle Tätigkeiten, die bei der Erledigung der unter einer BzE zusammengefaßten Aufgaben anfallen. Zeiten für persönliche Bedürfnisse und Erholungszeiten, nicht jedoch Pausen sind mit eingerechnet.

Multipliziert man die BzE mit dem Bemessungswert, erhält man die wöchentliche Grundarbeitszeit. Der Bemessungswert ist in den zu verwendeten Berechnungsbogen schon eingearbeitet. Noch aber gibt es nicht für alle Dst solche Bemessungswerte. Für diese Fälle wird der Bedarf an Arbeitsposten nach Beobachtung ermittelt (davon später).

Sonstige Zeiten, die außerhalb der Grundarbeitszeit anfallen, werden als Nebenzeiten gesondert angesetzt. Zum Beispiel sind Nachtdienst-, Wegezeiten und andere Zeitzuschläge, wie Zeiten für Dienstunterricht, Besprechungen, Zuschläge aus Dienstplangründen, aber auch Zuschläge für die berühmten „Sonderschäftla“ im täglichen Dienstbetrieb, nicht im Bemessungswert enthalten. Auf diese Nebenzeiten sollte man ein besonderes Auge haben, damit der Zeitbedarf auch durch den ApN abgedeckt ist. Sonst entsteht da eine Streßquelle.

Die Summe von Grundarbeitszeit und Nebenzeiten ergibt die Gesamtarbeitszeit (pro Woche). Teilt man diese Gesamtarbeitszeit durch die Wochenarbeitszeit einer Vollkraft (derzeit 40 Std.) erhält man die Zahl der erforderlichen Arbeitsposten.

Das innerbetriebliche Rechnungswesen der DBP erfordert eine Aufteilung der Tätigkeiten in den Dienststellen in verschiedene Kostenstellen. (Für die Dst FuÜ zum Beispiel in TV, RiFu, öbL etc.). Hierbei werden auch die auf die entsprechenden Kostenstellen entfallenden Anteile der Gesamtarbeitszeit errechnet und in der Personalverteilungskartei einmal jährlich ausgewertet. Die Ergebnisse können zu Vergleichen gleicher Dienststellen bei der Personalbemessung mit herangezogen werden.

(wird fortgesetzt)

Erwin Rathgeb, OV - Ulm

Bald Bildfernsprechen zwischen Hamburg – Hannover – Düsseldorf

Um die BIGFON-Netze in Hannover und Düsseldorf miteinander zu verbinden, hat die Deutsche Bundespost die ANT in Backnang beauftragt, zwei Glasfaser-Kabelstrecken von insgesamt 32 km Länge zur Weiterführung des „Breitbandigen Integrierten Glasfaser-Fernmeldenetzes“ (BIG-FERN) im Abschnitt Hannover – Münster einzurichten.

Sobald das BIGFERN-Netz bis Düsseldorf fertiggestellt ist, stehen den BIGFON-Teilnehmern in Hamburg, Hannover und Düsseldorf für die Kommunikation untereinander mehrere Postdienste über einen Glasfaseranschluß zur Verfügung. Hierzu gehört vor allem auch Bildfernsprechen.

ANT 1109/7.84

DRUCKSACHEN —————

**schnell
und
preiswert**

Eifert Druck und Verlag GmbH

7768 Stockach 1 Telefon 07771-1591
Postfach 22 33 Am Hermannsberg 5

Eifert Druck und Verlag GmbH · Postfach 2233 · 7768 Stockach 1

Anschrift:

Leserbrief

Technik und ihre Auswirkungen

Es ist unbestritten, daß wir in und vor einer neuen technischen Revolution stehen. Sie wird die Gesellschaft vor neue und schwierige Probleme stellen. Eines dieser Probleme wird die sinnvolle Arbeit und Beschäftigung sein.

Schon seit einigen Jahren stellen wir bei der DBP einen wachsenden Rationalisierungsdruck in allen Bereichen fest. Hierbei wird auf mehreren Ebenen vorgegangen:

1. Verbesserung und Vereinfachung der Technik
2. Vereinfachung der Arbeitsabläufe
3. Streichung von Aufgaben
4. Einsatz der Datenverarbeitung

Mit diesen Maßnahmen ist es der DBP gelungen, eine enorme Verkehrssteigerung mit dem fast gleichen Personalvolumen zu bewältigen. Konnten bisher alle diese Maßnahmen ohne größere soziale Spannungen verkraftet werden, ist dieses für die Zukunft nicht sicher.

Heute sind wir an einem Punkt angelangt, wo die Technik die Möglichkeit bietet, das Dienstleistungsangebot weiter zu steigern und gleichzeitig menschliche Arbeitskraft entbehrlich zu machen.

In den technischen Bereichen der Kommunikation haben wir uns bereits an weitgehende Automatisierung gewöhnt. Die neuen zum Einsatz anstehenden Techniken werden jedoch fast ohne Personal auskommen und das Dienstleistungsangebot enorm ausweiten. Auch die Herstellung dieser neuen Techniken wird man mit rechnergesteuerten Anlagen vollautomatisch produzieren können. So werden, sowohl bei der Produktion als auch bei der Anwendung der Techniken, Arbeitsplätze wegfallen.

Noch gravierendere Auswirkungen wird der Einsatz von Computern im Verwaltungsdienst (auch technischen Verwaltungen) haben. Durch Umsetzung von Fachwissen in Software für den Computer wird die Struktur des Verwaltungsdienstes stark verändert sowie komplette Kräftegruppen freigesetzt.

Die Auswirkungen auf den mittleren technischen Dienst werden — bei gleichbleibenden Voraussetzungen — sehr negativ sein. Es wird daher für die zukünftige Entwicklung wichtig sein, daß sich alle Beteiligten rechtzeitig mit diesem Problem beschäftigen und positive Lösungen erarbeiten. Die im mittleren technischen Dienst Beschäftigten müssen sich mit der zukünftigen Entwicklung auseinandersetzen und versuchen, durch sachliche Argumentation, negative Auswirkungen zu verhindern.

Dieter Kiminus

Zerstörung an Münzfernsprechern und Fernsprechkästen kosten 16,3 Millionen DM

Bonn, 18. 07. 84

16,3 Millionen DM mußte die Deutsche Bundespost 1983 für die Beseitigung von Schäden an Fernsprechkästen und Münzfernsprechern ausgeben. Während die Zahl der Beschädigungen mit 81.250 "nur" um 6,4 % angestiegen ist, liegt die Schadenssumme mit 16,3 Millionen DM um 19,1 % höher als 1982. Hinzu kommt ein geschätzter Gebührenausschlag von 2,4 Millionen DM. Diese erschreckende Schadensbilanz gab das Bundespostministerium jetzt in Bonn bekannt.

Post spart 10 Millionen DM durch Verbesserungsvorschläge

Bonn, 6. 6. 84

Einsparungen in Höhe von 10 Millionen DM im Jahr bringen Verbesserungsvorschläge, die Mitarbeiter aus allen Unternehmensbereichen und Laufbahngruppen der Deutschen Bundespost 1983 erarbeitet hatten. 1.250 der 5.300 in Einzel- oder Gemeinschaftsarbeit entstandenen Vorschläge von 7.000 Mitarbeitern hat die Post mit Prämien von zusammen 940.000 DM honoriert. Damit ist die Prämienhöhe gegenüber dem Vorjahr um 50 % angestiegen. Die 15 Teilnehmer am betrieblichen Vorschlagswesen mit den höchsten Prämien wurden von Bundespostminister Dr. Christian Schwarz-Schilling in Bonn beglückwünscht.

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. — Der Bundesvorstand — Postfach 4524, 6000 Frankfurt/Main 1
Verlag: Eifert Druck und Verlag GmbH, Postfach 2233, 7768 Stockach 1, Telefon: 07771/1591
Bezugspreis: DM 1,60 — für die Mitglieder durch den Beitrag abgegolten. Die Zeitung erscheint vierteljährlich.

Verantwortliche Redakteure:

Waldemar Hörle, 6000 Frankfurt, Tel.: privat (069) 571655, dienstlich (06196) 4782751; Werner Zok, 5600 Wuppertal 1, Tel.: priv. (0202) 442609, dienstlich (0211) 4490751; Kurt Wetzlar, 6000 Frankfurt, Tel.: (069) 7382860, Mo. u. Mi. bis Fr., v. 9.00 bis 10.00.
Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP oder der Redaktion dar.

★ Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 01. 09. 1984 ★



Kritisch bemerkt

Seite 2

**Erwiderung auf die
Stellungnahme des
BPM zum 9-Punkte-
Forderungskatalog
der VDFP**

Seite 2

**Der Bundesvorsitzen-
de der VDFP
als Ehrengast beim
Gewerkschaftstag
1984 des DPV**

Seite 3

**Antwort aus dem BMI
auf Anfrage des Bun-
desvorstandes zur
Anrechnung von
Renten auf die Versor-
gungsbezüge**

Seite 3

**Planstellen-
zuweisung
1984**

Seite 3

**Aus den
Bezirken**

Seite 4

**Was ist das
eigentlich ? (2)**

Seite 6



Siemens-Pressbild

Funktionelles Design und leistungsfähige Elektronik in Kombination mit servicefreundlicher Konstruktion verbinden sich bei der neuen Telefon-Familie "masterset 200" von Siemens zu einem harmonischen Ganzen.

Kritisch bemerkt

„Die Deutsche Bundespost ist sich ihrer Infrastrukturverantwortung jedenfalls bewußt und wird sich auch künftig bemühen, der ihr gesetzlich zugewiesenen Aufgabe zum Wohle ihrer Kunden und der Volkswirtschaft zu entsprechen.“

So lautet der letzte Satz des Vorwortes zu dem 1982 erschienenen Buch „Telekommunikation in der Bundesrepublik Deutschland 1982“, herausgegeben von Dietrich Elias, damaliger Staatssekretär im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen.

Jedes Unternehmen lebt vom Umsatz, auch das Unternehmen Deutsche Bundespost. Es wird Marktforschung betrieben, um Bedarf rechtzeitig zu erkennen und mit gezielten Angeboten die entsprechende Nachfrage zu decken. Im Stil der Wirtschaftssprache heißt dies: „das Ohr am Markt haben“.

Doch hatte man das Ohr am Markt, als die Deutsche Bundespost entsprechend der Regierungserklärung vom 13. 10. 1982 zum Ausbau moderner Kommunikationstechnologien die flächendeckende Verkabelung in Angriff nahm?

Der Bundesrechnungshof stellte in einem Gutachten fest, daß eine Amortisation der beabsichtigten Investitionen in BK-Netze innerhalb der Nutzungsdauer bei den derzeitigen Gebühren nicht zu erwarten ist.

Versucht die DBP durch eine Gebührensenkung, die als „Betriebsversuch“ ausgewiesen ist, Bedarf zu wecken?

Bei dem Einsatz neuer Techniken durch die DBP könnte der Eindruck entstehen, es werden mehr die Umsatzinteressen der Industrie vertreten, als daß wirklicher Bedarf vorhanden ist. Das heißt nicht, sich jedem technischen Fortschritt zu verschließen, sondern neue Techniken gezielt und mit der Abwägung der sozialen Folgen einzusetzen.

Muß Modernisierung gleichzeitig Personalreduzierung bedeuten, wie dies aus den Rationalisierungsschwerpunkten im Fernmeldewesen zu ersehen ist?

Es kann nicht als zum „Wohle der Volkswirtschaft“ bezeichnet werden, wenn ein so großer Arbeitgeber wie die DBP Arbeitsplätze abbaut anstatt neue zu schaffen. Im Sinne des vom Gesetzgeber vorgegebenen Auftrags zum gemeinwirtschaftlichen Handeln ist das derzeitige Vorgehen der DBP auch nicht zu verstehen.

Unternehmerische Planungen haben aber auch das Wohl der Beschäftigten zu beachten.

Hat man diesen Punkt bei der DBP ausgeklammert? Die Sparmaßnahmen in der letzten Zeit zeigen ganz deutlich, wie es um unser Wohl bestellt ist. Die Verantwortlichen für diese Sparmaßnahmen machen es sich zu einfach, wenn sie sich der sogenannten öffentlichen Meinung anpassen. Von den Sonderabgaben, die in den Bundeshaushalt einfließen, wird deshalb kaum noch gesprochen.

Gewinne auf Kosten der Beschäftigten?

P. Behrend

★★★

Erwiderung auf die Stellungnahme des BPM zum 9-Punkte-Forderungskatalog der VDFP

Das Antwortschreiben des BPM zum 9-Punkte-Forderungskatalog ließ erkennen, daß verschiedene Fehlinterpretationen bei der Auslegung durch das BPM aufgetreten sind. Der Bundesvorstand sah sich deshalb veranlaßt, nachstehende Klarstellung dem BPM zu übersenden:

„Für die uns zugegangene Stellungnahme Ihres Hauses dürfen wir uns bedanken.

Nach eingehender Behandlung in unserem Bundesvorstand gestatten Sie uns einige Anmerkungen:

Alle Punkte wurden von Ihnen als nicht realisierbar angesehen oder mit der Feststellung, daß zur Zeit kein Anlaß für eine Neuordnung der Tätigkeiten zu den Laufbahnen bestehe, abgelehnt.

Das bedeutet also:

Keine Neuordnung der Tätigkeiten zu den Laufbahnen, obwohl sich die Ausbildungen und damit die Ausbildungsprofile ganz wesentlich geändert haben.

Damit bleiben die Leistungsverbote bestehen; die Personalkosten sind weiterhin um erhebliche Beträge höher. Diese Personalkosten könnten nach unserer Auffassung gesenkt werden, wenn „der richtige Mann“ am „richtigen Arbeitsplatz“ eingesetzt würde.

Die Beförderungsnachteile wegen der Fremdbesetzung im Sinne der Planstellenzuweisungsmöglichkeiten und die Verluste bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis bleiben bestehen.

Diese Entscheidungen bedeuten eine unveränderte Benachteiligung der Beamten des mittleren technischen Dienstes, die es sonst in keiner anderen Laufbahn gibt.

Begriffe wie leistungsgerechte Bezahlung und Gleichbehandlung am Arbeitsplatz werden hier geradezu auf den Kopf gestellt.

Daraus resultierend sind die ersten Ansätze aus unseren Mitgliederreihen erkennbar, die eine Rückführung in das Tarifverhältnis anstreben.

Zu der Frage nach einer funktionsgerechten Berufsbezeichnung für den mittleren technischen Dienst können wir uns Ihrer Ansicht nicht anschließen.

Wir haben die Forderung nach einer Berufsbezeichnung „Staatlich geprüfter Techniker“ nicht gestellt.

Vielmehr geht es uns darum, eine funktionsgerechte Berufsbezeichnung zu erhalten, eine solche Berufsbezeichnung kann nach unserer Auffassung nur „Fernmeldetechniker“ lauten.

Weiterhin sind wir der Auffassung, daß eine Angleichung der Berufs- und Laufbahnreform an die neuen Bildungsabschlüsse längst überfällig ist.

An dieser Stelle sei auf die Bundestagsdrucksache 8/3228 vom 2. 10. 1979 verwiesen, die eine solche Verpflichtung der Bundesregierung vorsieht.

Aus den vorgenannten Gründen bitten wir Sie um eine Überprüfung der Standpunkte Ihrer Stellungnahme zu unserem 9-Punkte-Forderungskatalog.“

★★★

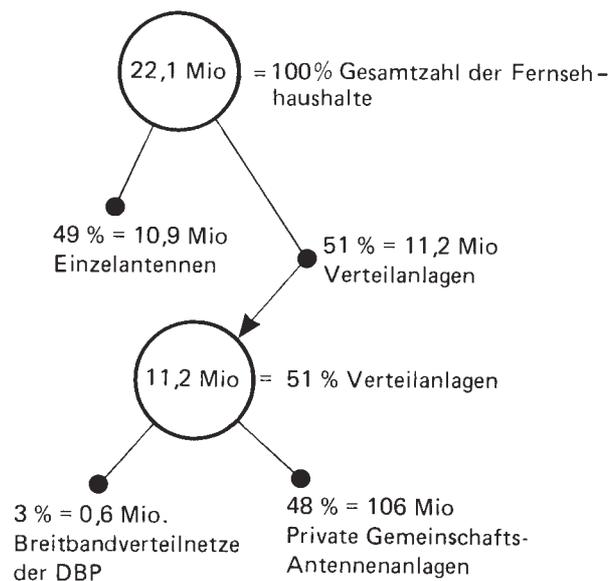
Der Bundesvorsitzende der VDFP als Ehrengast beim Gewerkschaftstag 1984 des Deutschen Postverbandes

Die Veranstaltung fand vom 12. bis 15. September in Berlin statt.

Als Referent hat der Staatssekretär Dr. Florian in Vertretung des Bundespostministers unter anderem über die neuen Dienste und natürlich über die Breitbandverkabelung gesprochen.

Interessant war, zu erfahren, daß nur 5 % des Investitionskapitals für Verkabelung aufgewendet wird und dadurch 6.400 Arbeitsplätze gesichert werden.

In diesem Zusammenhang sind folgende Zahlen von Interesse:



Vorbereitet zur Teilnahme an der Breitbandkommunikation sind zur Zeit 1,77 Mio = 7 % aller Haushalte, davon sind bereits 0,6 Mio = 3 % angeschlossen.

Erstaunlich war, daß die beiden Vertreter der Parteien, Herr Paterna für die SPD und Herr Pfeffermann für die CDU, in schöner Einmütigkeit über die augenblicklichen Probleme gesprochen haben.

Der Bundesvorstand sieht die Anrechnung von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Versorgungsbezüge der Beamten als ungerecht an. Er hat deshalb den Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Franz Kroppenstedt, um eine Stellungnahme gebeten, die wir nachstehend veröffentlichen:

„Ich verstehe die Enttäuschung der Versorgungsempfänger über die von Ihnen angesprochene Ausdehnung der Anrechnung von Renten auf die beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge. In der Sache muß ich jedoch auf folgendes hinweisen:

In den beiden Rechtsbereichen – Beamtenversorgungsrecht und Rentenversicherungsrecht – wurde die Versorgung jeweils auf den Normalfall des „Nur-Beamten“ bzw. des „Nur-Angestellten oder -Arbeiters“ abgestellt.

Die Kumulierung von Ansprüchen aus beiden Rechtsbereichen, die auch rein soziale Komponenten enthalten, bei

den Personen, die sowohl renten- wie auch beamtenrechtliche Versorgungsansprüche erworben haben, erschien gegenüber den „Nur-Arbeitnehmern“ und den „Nur-Beamten“ nicht vertretbar. Daher wurde durch das Dritte Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 31. August 1965 mit § 160 a eine Regelung über das Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten in das Bundesbeamtengesetz – jetzt § 55 BeamtVG – eingeführt. Nach dieser Regelung wird die beamtenrechtliche Versorgung neben der Rente nur bis zu dem Betrag belassen, der sich als Ruhegehalt ergeben würde, wenn der Beamte sein ganzes Arbeitsleben im Beamtenverhältnis verbracht hätte.

Hinsichtlich der von Ihnen angesprochenen freiwilligen Weiterversicherung verweise ich auf § 55 Abs. 4 BeamtVG. Danach bleibt bei der Ruhensregelung außer Ansatz der Teil der Rente, der dem Verhältnis der Versicherungsjahre auf Grund freiwilliger Weiterversicherung oder Selbstversicherung zu den gesamten Versicherungsjahren oder, wenn sich die Rente nach Werteinheiten berechnet, dem Verhältnis der Werteinheiten für freiwillige Beiträge zu der Summe der Werteinheiten für freiwillige Beiträge, Pflichtbeiträge, Ersatzzeiten und Ausfallzeiten entspricht, soweit nicht der Arbeitgeber mindestens die Hälfte der Beiträge oder Zuschüsse in dieser Höhe leistet hat.

Diese Regelung war bisher nur auf Versorgungsleistungen aus Beamtenverhältnissen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1965 begründet worden sind, obwohl der Gesetzgeber schon damals die bestehende Doppelversorgung auch bei den vorhandenen Versorgungsempfängern beamtenpolitisch und sozialpolitisch als unerwünscht ansah. Er wollte jedoch seinerzeit nicht in bestehende Rechtsverhältnisse, wie sie sich nach dem geltenden Recht entwickelt hatten, ändernd eingreifen (Schriftlicher Bericht des Innenausschusses, Drucks. IV 3632, A II). Im Zuge notwendiger Sparmaßnahmen wurde im 2. Haushaltsstrukturgesetz die Regelung des § 55 BeamtVG auch auf Versorgungsempfänger erstreckt, deren Beamtenverhältnis vor dem 1. Januar 1966 begründet worden ist.

Obwohl die im 2. Haushaltsstrukturgesetz getroffene Übergangsregelung, auch nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts, die finanziellen Härten der Anrechnung im Rahmen des § 55 BeamtVG durch abgestufte, aufzehrbare Ausgleichsleistungen wesentlich entschärft, habe ich mich um eine weitergehende Milderung für die Betroffenen bemüht.

Der Deutsche Bundestag hat bei der Beratung des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 vom 22. 12. 1983 (Bundesgesetzblatt I S. 1532) die Einfügung eines Artikels 35 beschlossen, der für die durch die Ausdehnung des § 55 BeamtVG Betroffenen als Härteregelung vorsieht, daß mindestens 20 v. H. der Versorgungsbezüge zu belassen sind. Einer weitergehenden Empfehlung des Innenausschusses (Minderung des Betrages der anzurechnenden Rente um 20 v. H.), deren Annahme ich begrüßt hätte, wurde nicht gefolgt.

Hiernach sehe ich leider zur Zeit keine Möglichkeit mehr, auf eine günstigere Härteregelung hinzuwirken.“

Planstellenzuweisung für 1984

Planstellenzuweisungen sind vom BPM zum 1. 12. 1984 zu erwarten; ca. 10 % werden auf den 1. 10. 84 vorgezogen.

Das bedeutet, daß die Beförderungen etwa Mitte Dezember 1984 und für die vorgezogenen Planstellen Mitte Oktober 1984 ausgesprochen werden.

Aus den Bezirken:

Bezirk Freiburg

Die Jahreshauptversammlung der "Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post" fand am 03. 05. 84 im katholischen Gemeindehaus Rottweil statt. Dabei referierte Oberpostdirektor Wagener von der Oberpostdirektion Freiburg über die zukünftige Personalsituation im Fernmeldebereich der DBP.

Der Vorsitzende Willi Heller begrüßte zu Beginn der Veranstaltung die aus dem Bereich der Oberpostdirektion ange- reisten Kollegen, den Vertreter der OPD, die Amtsvorsteher der Fernmeldeämter Rottweil und Offenburg, die Vertreter der Personalräte und der DPG.

In seiner Begrüßungsrede zeigte der Vorsitzende Heller den Unterschied in der Entwicklung der Technik und dem Beamtenrecht auf. Hierbei stellte er fest, daß eine Neuordnung des Beamtenrechts längst überfällig ist. Weiter erläuterte Willi Heller auch den 9-Punkte-Forderungskatalog der VDFP, der bei einem Gespräch Bundespostminister Schwarz-Schilling vom Bundesvorstand überreicht wurde. Der Vertreter des Bundesvorstandes, H. Befort, ging in seinem Referat auf die neu zu erwartenden Techniken ein. Er bekräftigte nochmals, daß der mittlere technische Dienst diesen neuen Aufgaben durch seine praktischen Erfahrungen gewachsen ist. Er meinte, daß dieses Wissen von der DBP für die zukünftigen Techniken unersetzlich ist und durch geeignete Fortbildungsmaßnahmen gefordert werden muß. Befort berichtete hierbei auch über die Mitarbeit der Vereinigung bei der Erstellung neuer Ausbildungspläne.

Zum Abschluß wurden vier Delegierte der Bezirksvereini- gung für den Bundesdelegiertentag in Frankfurt gewählt.

Bezirk Hessen

Die Delegierten der acht hessischen Ortsvereinigungen tra- fen sich am 13. 9. 1984 in Frankfurt zum Bezirksdelegier- tentag 1984.

Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden der OV Frank- furt, Gustav Hunecke, begrüßte der Bezirksvorsitzende, Helmut Befort, als Gäste Vertreter der OPD Frankfurt und der Gewerkschaften.

Gegeben durch die Themenstellung des für diesen Delegier- tentag gestellten Referates ging H. Befort schon in seiner Begrüßungsrede auf die Probleme der Aus- und Weiterbil- dung ein. Er sagte: "Die Vorgaben der Ausbildungsricht- linien entsprachen und entsprechen teilweise heute noch nicht den tatsächlichen Anforderungen, die durch die Ein- führung neuer Dienste an das Personal gestellt werden. Nur durch eigenes Engagement und der ständigen Bereitschaft sich selbst vorab zu informieren, haben die Kräfte des mitt- leren technischen Dienstes die Einführung und Inbetrieb- nahme der neuen Fernmelde-, Vermittlungs- und Betriebs- systeme überhaupt erst ermöglicht."

Der Referent der OPD Frankfurt, Postrat Elbers, ging in seinem Referat "Aktualisierung der Bft-Ausbildung an den Fernmeldeschulen" ausführlich auf diese Fragen ein. Mit einer "Gegenüberstellung der Bft-Ausbildung der bisherigen und der aktualisierten Form" erläuterte er alle Verände- rungen der Ausbildung, vom Grundlehrgang Ft 1 bis zur Bft-Prüfung. Viele von der VDFP in den letzten Jahren aus- gearbeiteten Vorschläge finden sich erfreulicherweise in der aktualisierten Ausbildungsordnung wieder.

Bei der Neuwahl des Bezirksvorstandes wurden die bishi- gen Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes in ihren Ämtern bestätigt:

Helmut Befort	1. Vorsitzender
Paul Heil	stellv. Vorsitzender
Walter Breitenbach	stellv. Vorsitzender
Herbert Kröck	Schriftführer
Herrmann Czepa	Schriftführer
Volker Thierfelder	Kassierer
Karl-Heinz Boller	Kassierer

Bezirk Schleswig Holstein

Am 24. 5. 84 fand in Rendsburg der Bezirksdelegiertentag der BzV Schleswig Holstein statt.

Nach der Begrüßung der Ehrengäste aus Verwaltung und Gewerkschaften hielt Dipl.-Ing. Roseneck von der OPD Kiel einen Vortrag über "Die Einführungsstrategie und das Be- triebskonzept bei Digitalen Vermittlungstechniken für die FÄ Heide, Flensburg und Kiel bis zum Jahre 2002."

Die Grüße des Bundesvorstandes der VDFP überbrachte der stellvertretende Bundesvorsitzende Peter Behrend. Er ging in seiner Rede auf den 9-Punkte-Forderungskatalog sowie auf aktuelle Laufbahnprobleme ein.

Die Neuwahl des Bezirksvorstandes ergab folgende Zusam- mensetzung:

Dieter Stoltenberg	(Bezirksvorsitzender)
Herbert Pröck	(stellv. Bezirksvorsitzender)
Reinhard Bunge	(stellv. Bezirksvorsitzender)
Jürgen Blind	(Schriftführer)
Helmut Büttner	(Kassierer)



von links nach rechts

Peter Behrend, Bundesvorsitzender der VDFP, Vize- präsident Dienemann von der OPD Kiel und Dieter Stolten- berg, Bezirksvorsitzender der VDFP Schleswig-Holstein.

Bezirk Nürnberg

Fritz Lankes, Vorsitzender der Bezirksvereinigung Nürnberg, erhielt am 7. 9. 84 im Alten Rathaus in Nürnberg aus der Hand des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg, Dr. Urschlechter, die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Durch diese hohe Auszeichnung würdigte der Bundespräsident die jahrzehntelange Tätigkeit von Franz Lankes für die Belange des mittleren technischen Dienstes in der VDFP.

Die Glückwünsche des Bundesvorstandes überbrachte der Bundesvorsitzende Karl Fischer anlässlich der Ordensverleihung.



Foto: Herbert Voll "Nürnberger Nachrichten"

Bezirk Rheinland

Die Post im Blickpunkt der neuen Medien

In einer Mitgliederversammlung der VDFP Rheinland am 9. 9. 84 in Koblenz mit dem MdB Peter Paterna, Mitglied des Post- und Fernmeldeausschusses des Deutschen Bundestages sowie Mitglied des Verwaltungsrates der DBP, wurden die langfristigen Berufserwartungen des mittleren technischen Dienstes diskutiert.

"Die Post im Blickpunkt der neuen Medien sowie die politischen und wirtschaftlichen Interessen" waren die Hauptpunkte der Ausführungen des MdB Paterna. Nach Paterna "ist der Gesetzgeber baldigst gefordert, weil durch die Auswirkungen der neuen Medien auf die Bereiche Verbraucherschutz, Datenschutz, Betriebsverfassungs- und Personalver-

tretungsgesetz und der Arbeitsmarktlage, die DBP bereits Voraussetzungen im Anwenderbereich erfüllt hat."

Die Anwenderfolgen seien besonders kritisch im sozialen und gesellschaftlichen Bereich: die enorme Höhe des Investitionsvolumens der Post (fast 15 Milliarden Mark) verlange großes Einfühlungsvermögen ihrer Führung. Die Post übe mehr Einfluß auf die Forschung der Industrie aus als der Haushalt des Forschungsministers. Die Normungskompetenz habe große Auswirkungen auf den Fernmeldeexport."

Was ist das eigentlich – Bemessung und Bewertung?

Der Arbeitspostennachweis

Der ApN wird von der Dst aufgestellt, von Og geprüft und von der OPD nach eingehender Prüfung durch den BAB genehmigt, ApN, die 5 Jahre unverändert geblieben sind, müssen nachgeprüft werden. Eine Neuaufstellung des ApN ist immer dann erforderlich, wenn sich die Voraussetzungen der letzten Bemessung mit Wirkung auf den Personalbedarf nach oben oder unten geändert haben.

Wie sieht nun der Aufstellungsablauf eines ApN aus? Es gibt dazu eine Menge Formblätter: den Titelbogen, Erhebungsbogen, Ermittlungsbogen (für personengebundene Zuschläge) Zwischenrechnungsbogen, Berechnungsbogen, die Zusammenstellung personengebundener Zuschläge, Zusammenstellung der Ap (Arbeitsposten).

Der ApN wird von der Dienststelle aufgestellt. Im Titelbogen werden die Aufgaben, Arbeitsverfahren und Arbeitsbedingungen der Dst dargestellt, soweit sie für die Personalbemessung von Bedeutung sind – dies möglichst kurz aber präzise. Es genügt in der Regel, die entsprechenden Arbeitsorganisationsrichtlinien (ArbOrg) oder Dienstanweisungen (DA) anzuführen. Hier ist auch anzuführen, wenn Arbeitskräfte noch für andere Dstn tätig sind, oder solche aus anderen Dstn bei der Dst tätig sind.

Im Erhebungsbogen werden Bezugseinheiten und Bemessungswert festgelegt, geordnet nach Kostenstellen (KSt) und Tätigkeitsnummern (diese sind jetzt in Aufgabenträgernummern – AtNr – umbenannt worden). Für Dst, für die eine Bemessung vorliegt, sieht die DA BemÄ (Dienstanweisung Bemessung Ämter) im entsprechenden Anhang Nr. dieser DABemÄ vorgedruckte Erhebungsbogen vor. Einzutragen ist die Kostenstelle. Die Art der Bezugseinheiten ist bereits vorgedruckt, eingesetzt werden muß deren Zahl. Vorgedruckt ist auch für die beteiligten AtNr der Bemessungswert als Faktor. Man multipliziert nun die Bezugseinheiten mit diesem Faktor und trägt die so ermittelte Grundarbeitszeit unter der entsprechenden AtNr ein. Andere, als die vorgedruckten BzE dürfen nicht angesetzt werden.

Sind für eine Dst keine Bemessungswerte vorhanden (auch das gibts), wird ein allgemeiner Erhebungsbogen verwendet, in dem ebenfalls die Grundarbeitszeit festgestellt wird. Die Daten werden hier durch "Beobachtung" (der Arbeitenden) gewonnen, wobei es dazu mehrere Verfahren gibt: Fortschreibungsverfahren, Multimomentverfahren, vereinfachtes Beobachtungsverfahren, vereinfachtes analytisches Schätzverfahren.

Die Weiterverarbeitung der Grundarbeitszeit erfolgt durch Bildung von Kräftegruppen auf einem Zwischenrechnungsbogen zum Erhebungsbogen. Hier werden alle Tätigkeiten aus dem Erhebungsbogen, die einer Kräftegruppe zur Erledigung übertragen werden sollen, zusammengefaßt. Eine

Eifert Druck und Verlag GmbH · Postfach 2233 · 7768 Stockach 1

Anschrift:

Kräftegruppe ist eine oder mehrere Personen, die alle an der gleichen Aufgabe arbeiten.

Die Daten für den Zwischenrechnungsbogen werden dem Erhebungsbogen entnommen. Eingetragen wird die Art der Tätigkeit und deren Grundarbeitszeitwert, gekennzeichnet durch Angabe der Zeilennummer im Erhebungsbogen. Weiter erscheint hier die AtNr der Kräftegruppe, deren Fachbereich (z. B. Ft/E) und die Bewertung laut Bewertungskatalog, von der noch die Rede sein wird.

In einem Berechnungsbogen werden die dem Zwischenrechnungsbogen entnommenen Zeiten für eine Kräftegruppe zusammengezählt. Hinzu kommen nun die Nebenzeiten. Hier sollten nicht nur Wegezeiten, Zeiten für Dienstunterricht bzw. Dienstbesprechungen, persönliche Zuschläge (nach entsprechenden Gesetzen, Verfügungen etc.) erscheinen, sondern eigentlich alles, was tatsächlich getan wird, aber im Erhebungsbogen nicht erscheint. Die Summe von Grundarbeitszeit und Nebenzeit erscheint in Zeile 31. Daraus entstehen durch Teilen dieser Summe durch die Wochenarbeitszeit (WAZ) einer vollbeschäftigten Kraft (40 Std.) die Arbeitseinheiten (ArbE-Zeile 32). Da auf zwei Stellen hinter dem Komma gerechnet wird, entstehen bei der Berechnung der Zahl der benötigten Kräfte aus den gemäß der Bewertung aufgeteilten ArbE auch vierths und dreivierths und sonstige Kommaleute, die nach Rundungsvorschriften dann ausgelöscht werden oder zu ganzen Personen erhoben. ArbE, die nicht für eine ganze Kraft ausreichen, werden anderen organisatorischen Lösungen zugeführt, das heißt, anderen Kräftegruppen zugeschlagen (Auch die Arbeit selbst). Dies geschieht ab Zeile 33 des Berechnungsbogens, wobei hier nun auch Arbeitsposten mit einer anderen Wochenarbeitszeit gebildet werden können (Teilarbeitskräfte).

Es findet hier auch die Aufteilung der Gesamtarbeitszeit auf Stunden je AtNr und je Kostenstelle statt – als Zahl und in Prozenten. Schließlich werden die ermittelten Arbeitsposten dann in einem Formblatt für die ganze Dienststelle zusammengestellt.

Die Beschreibung mag etwas mager erscheinen. Wenn man sich die Formblätter beschafft, kommt man damit ganz gut zurecht. Und es soll Kollegen und Vorgesetzte geben, die der interessierte Kollege fragen kann.

(wird fortgesetzt)

Erwin Rathgeb, OV-Ulm

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. – Der Bundesvorstand – Postfach 4524, 6000 Frankfurt/Main 1
Verlag: Eifert Druck und Verlag GmbH, Postfach 2233, 7768 Stockach 1, Telefon: 07771/1591
Bezugspreis: DM 1,60 – für die Mitglieder durch den Beitrag abgegolten. Die Zeitung erscheint vierteljährlich.

Verantwortliche Redakteure:

Waldemar Hörle, 6000 Frankfurt, Tel.: privat (069) 571655, dienstlich (06196) 4782751; Werner Zok, 5600 Wuppertal 1, Tel.: priv. (0202) 442609, dienstlich (0211) 4490751; Kurt Wetzlar, 6000 Frankfurt, Tel.: (069) 7382860, Mo. u. Mi. bis Fr., v. 9.00 bis 10.00.
Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP oder der Redaktion dar.

☆ **Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 10. 12. 1984** ☆